Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 48.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 88.— M., für das übrige Ausland 110.— M.
Verl. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I. Tel. Moabit 2021.

Mittwoch, den 19. Juli 1922

5. Jahrg. Nummer 275

Die zweispaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 28.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 1.— M., jedes weitere Wort 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.
Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192.
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schließt die Phalanx in dichten Reihen!

An unsere Mitglieder!

Zum Schutz der Republik hatten wir Euch aufgerufen, als der Meuchelmord an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr enthüllte. Vereint seid Ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen Eure Kampfentschlossenheit gezeigt.

Die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist zur großen und weithin wirkenden Tatsache geworden. Sie muß dauern, geschlossener und stärker werden bis zur unauflösbaren Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats! Von diesem Geist der Solidarität, von diesem Willen zur Einigung erfüllt, haben Eure Organisationen gemeinsam gearbeitet und vereint werden sie den Kampf fortführen.

Die erste Phase dieses Kampfes ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutz der Republik haben Regierung und Reichstag beschäftigt. Vier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besitzt in dem Industriestaat Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit und stark war ihr Sträuben gegen durchgreifendere Maßnahmen. Nur der Geschlossenheit Eures Auftretens sind Erfolge zu verdanken, und Wichtiges ist trotz allem erzielt worden.

Das Gesetz zum Schutz der Republik bestraft die Zugehörigkeit zu geheimen Mordorganisationen mit dem Tode; schwere Strafe trifft Gewalttäter gegen die Republik und wehrt dem gehässigen Kampf gegen ihre Einrichtungen und Symbole. Ein Staatsgerichtshof ist gebildet, in dem keine Monarchisten und Nationalisten sitzen. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Voreingenommenheit Recht spricht.

Das Gesetz über die Reichskriminalpolizei bedeutet den Anfang einer Reichsexekutive und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen unabhängig von dem mangelnden Eifer oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden.

Das Beamtengesetz gestattet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Betätigung der Beamten der deutschen Republik.

Das Amnestiegesetz gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Schlingen des Strafgesetzbuches verfangen haben oder Opfer der Klassenjustiz geworden sind, die Freiheit zurück.

Freilich, unsere Forderungen sind nicht restlos erfüllt. Schmerz bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Bayern der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bayerische Regierung verweigert ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Straßenterror. Die bügerlichen Parteien im Reichstag sind von der bayerischen Regierung schmählich zurückgewichen. Auch die verurteilten Eisenbahner sind trotz unserer unausgesetzten Bemühungen von der gesetzlichen Amnestierung ausgeschlossen. Eine Entschließung des Reichstags und eine Erklärung der Regierung sichert ihnen weitgehende Milde zu. Was an uns liegt, wird geschehen, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen.

Trotz aller Mängel im einzelnen bedeuten die Gesetze in ihrer Gesamtheit eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Republik kann jetzt wirksam geschützt, ihre Gegner können lahmgelegt werden, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschlossenheit und Zähigkeit beweist. Die Gesetze sind da, jetzt kommt alles auf die Ausführung an.

Deshalb hatten sich

die sozialdemokratischen Parteien

bereit erklärt, die Sicherheit der Durchführung der Gesetze gegen die monarchistische Verschwörung zu steigern. Sie waren bereit, einer Regierung der entschiedenen Verteidigung der Republik eine feste republikanische Mehrheit zu sichern und zugleich den sozialistischen Einfluß in der Regierung zu stärken. Nachdem die Gesetzgebung ihre Aufgabe zum Teil erfüllt hatte, sollte eine starke, entschiedene republikanische Regierung ihre Pflicht erfüllen.

Dagegen erhoben sich in zähem Widerstand alle bürgerlichen Parteien. Sie fürchteten den erstarkten Einfluß der zusammengeschlossenen, vereint kämpfenden Arbeiterklasse. Sie stellten der Erweiterung der Regierung durch Eintritt der Unabhängigen die Forderung der gleichzeitigen Aufnahme der Deutschen Volkspartei entgegen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Parteien war, wie sie sein mußte: Größere Geschlossenheit, Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen.

Aber der Widerstand der bürgerlichen Parteien blieb bestehen, die Frage der Auflösung des Reichstages stand damit zur Entscheidung.

Ernst und eingehend, unserer Verantwortung voll bewußt, haben wir die Frage geprüft. Auflösung des Reichstages bedeutete Verzögerung der Gesetze zum Schutze der Republik. Uns stand ihre Verabschiedung höher.

Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringendsten Lösungen der Reparationsfragen. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb haben wir dieses Mittel nicht angewandt.

Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort. Für ihn zu rüsten, ist jetzt wichtigste Aufgabe, ernsteste Pflicht!

Was wir erreicht haben, danken wir unserer Geschlossenheit, unserer Einigkeit.

Gegen uns und unsere Forderungen haben sich die Gegner vereinigt. Sie wissen, welch große Bedeutung die Verfügung über die Regierungsgewalt in der gegenwärtigen Situation hat. Ihr Widerstand wird zersplittern, stoßen sie auf den einigen Willen der nicht mehr gespaltenen, nicht mehr sich selbst zerfleischenden Arbeiterklasse.

Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfboden für die Durchsetzung des Sozialismus. Das Werk der Einigung ist begonnen. Es muß vollendet werden!

Berlin, den 18. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Schutzgesetz der Republik

Der Reichstag hat in der gestrigen Schlußsitzung die Schutzgesetze für die Republik angenommen. Bei ihrer Beratung hat sich die überraschende Tatsache herausgestellt, daß nicht eines der Gesetze eigentlich neu war. Alle Gesetze lagen in ihren wesentlichen Zügen bereits fertig in den Schreibtischen der Regierung und brauchten nur hervorgeholt zu werden. Diese Tatsache zeigt, daß die Gesetze einem Bedürfnis entsprachen, das längst schon gefühlt war, und daß sie noch nicht längst beschlossen worden waren, ist die Schuld der Schwäche einer Regierung, die erst eines und das andere ihrer Mitglieder muß morden lassen, um zu erkennen, was ihre Pflicht ist.

Das erste der Gesetze versucht, den Mörderbanden mit Strafbestimmungen zu Leibe zu gehen. Es mußte das auf zweierlei Weise tun. Es mußte einmal die Strafbestimmungen schaffen, auf Grund deren die Mörderkomplotte getroffen werden können; es mußte weiter einen Gerichtshof schaffen, der willens und imstande ist, die Strafbestimmungen durchzuführen. In diesem Gerichtshof sahen wir das Entscheidende des ganzen Gesetzes; denn Strafbestimmungen wären an sich schon vorhanden gewesen, wenn auch Richter dagewesen wären, die willens waren, sie durchzuführen. Der Entwurf der Regierung gab einen für uns unannehmbaren Vorschlag. Er schlug drei Reichsgerichtsräte neben vier Laien vor, was bedeutete, daß die drei Reichsgerichtsräte imstande waren, jede Verurteilung eines Angeklagten zu verhindern. In dieser für uns grundlegenden Frage ist das Gesetz geändert worden; das Urteil sprechen heute drei Reichsgerichtsräte und sechs Laien. Das heißt, die sechs Laien können jedes Urteil gegen die Reichsgerichtsräte beschließen.

Es darf nicht verhehlt werden, daß diese Lösung unseren Wünschen nicht voll entspricht. Wir wünschen an sich einen Berufs- und sechs Laienrichter. Aber niemand wird bestreiten, daß die starke Vertretung des Laienelements in dem Gerichtshof einen wesentlichen Fortschritt bedeutet gegenüber den Strafkammern und den Senaten des Reichsgerichts. Wir sehen in dieser Zusammensetzung des Gerichtes auch eine Garantie nach anderer Seite. Schon in den Forderungen der Gewerkschaften, die damals von allen drei Arbeiterparteien mit unterzeichnet waren, war neben dem Verbot monarchistischer auch das Verbot antirepublikanischer Propaganda gefordert. Diese Forderung war notwendig, weil eine Beschränkung auf monarchistische Propaganda allein nicht den Schutz nach rechts gewährt haben würde, der notwendig war. Die Rechtspropagandisten hätten nur das Wort monarchistisch vermeiden brauchen und waren gesichert. Das Wort antirepublikanisch aber birgt in sich die Gefahr eines Mißbrauches gegen links. Wir sehen die Gefahr eines Vorgehens gegen links durch den Gesetzentwurf nicht als erhöht, sondern als verringert an. Denn gegen links fanden die Gerichte schon bisher die Gesetze, die sie finden wollten, und die sie gegen rechts nicht fanden. Jetzt sehen wir in der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs einen starken Schutz auch gegen links, da eine Verurteilung gegen links nicht möglich ist, so lange nicht neben den drei Reichsgerichtsräten auch drei Laien für die Verurteilung sind.

Das Gesetz sieht weiter vor Beschränkungen gegenüber antirepublikanischer Propaganda. Wir bedauern an diesem Punkte insbesondere eines: daß die Reichsexekutive nicht in dem Umfange durchgesetzt wurde, in dem wir sie verlangten. Wir verlangten die direkte Exekutive des Reiches, das Gesetz gewährt sie nur indirekt. Wir verlangten weiter stärkere Maßnahmen gegen die Hohenzollern, als sie in dem Gesetze vorgeschrieben sind. Die Abschnitte des Gesetzes gegen die Hohenzollern sind schwächlich und können in der Hand einer schwachen Regierung zu einem Nichts zerfallen.

Neben diesem Gesetz steht gewissermaßen als Ergänzung ein Gesetz, das eine Reichskriminalpolizei schafft, das heißt, ein Gesetz, das es künftig ermöglicht, Strafverfolgungen, die ihrer Bedeutung nach das Reich interessieren, durch eine Reichspolizei zu ermitteln und nicht durch eine bayerische Polizei zu vertuschen. Auch dieses Gesetz war kein neues. Es entsprach einem Bedürfnis, das schon vor vielen, vielen Jahren, noch unter den „normalen“ Bedingungen des Friedens verlangt worden war. Es gibt dem Reich nur, was es schon längst hätte haben müssen.

An dritter Stelle endlich und nicht zum wenigsten notwendig steht das Gesetz über die Pflichten der

Selbstmord der Rathenau-Mörder

Vor der Verhaftung erschossen.

Die beiden flüchtigen Mörder des Außenministers Dr. Walter Rathenau, der Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern (Anauer) und der Ingenieur Hermann Fischer, sind gestern abend in einem Turm der Burg Saaleck in der Nähe von Kösen entdeckt worden. Als die Polizeibeamten in das Versteck eindrangen, verriegelten sich die Gesuchten, so daß erst Verstärkung durch die Beamten der Schutzpolizei aus Halle herangeholt werden mußte, ehe die Wohnung geöffnet werden konnte. Während die Beamten an dem Haustor sich mühten, das Schloß zu sprengen, ertönte von der Plattform des Burgturmdaches der Ruf: „Wir sterben für unsere Ideale! Hoch Ehrhardt!“ Dann hörte man zwei Schüsse. Inzwischen war es gelungen, die Tür aufzubrechen. Die Polizeibeamten stürmten die Treppe hoch und fanden im obersten Stock zwei Männer vor, deren Stirne durchschossen waren. Beide wurden nach dem Signalement als die gesuchten Mörder Rathenaus erkannt. Sie trugen die Kleidung, wie sie die Beschreibung im Steckbrief angab. Von seiten der Berliner politischen Polizei sind sofort Beamte nach Kösen entsandt worden, die die notwendigen Feststellungen machen sollen. Namentlich muß ermittelt werden, wie lange sich die beiden Gesuchten in der Burg Saaleck aufgehalten haben und wer ihnen auf ihrem Wege von Lenzen an der Elbe bis nach Kösen hilfreiche Dienste geleistet und sie auf ihrer Flucht begünstigt hat.

Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären diese wieder entschlüpft, denn sie hatten, wie festgestellt ist, bereits durch Telephon Fühlung mit München genommen, und von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach Burg Saaleck unterwegs. Die Helfer sollten Kern und Fischer auch andere Kleidung bringen und sodann beide, aber getrennt, über die tschechoslowakische Grenze bringen.

Der Mieter der Burg Saaleck, Schriftsteller Dr. Stein, ist gestern abend aus Berlin zurückgekehrt und wurde verhaftet. Er ist deutschnationaler Gesinnung.

Die Entdeckung der Mörder

Zwei Touristen, junge Kaufleute aus Halle, haben die Mörder entdeckt. Die Wanderer hatten tags vorher auf ihre Frage, wem die Burg Saaleck gehöre, erfahren, daß der Besitzer, Dr. Stein, seit längerer Zeit verreist sei. Als sie nun an Burg Saaleck vorüberkamen, entdeckten sie in einem oberen Turmzimmer Licht. Die Neugierde trieb sie an, das Fenster einige Zeit zu beobachten, und glaubten, in den Gesichtern, die sie dort sahen, eine Aehnlichkeit mit den Bildern der Rathenau-Mörder zu erkennen. Sie eilten nun zurück nach Naumburg und benachrichtigten die dortige Kriminalpolizei, die mit Unterstützung der Schutzpolizei die Burg umzingelte.

Hoffentlich gelingt es bald, die von München entsandten Helfer der Mörder zu verhaften und das ganze Münchener Mordnest auszunehmen. (Siehe auch Seite 2.)

Beamten. Auch dieses Gesetz bringt grundsätzlich nichts neues. Es räumt nur auf mit einem Zustande, der schandenhalber bisher mit dem Reich getrieben wurde. Ein ganzer großer Teil aller monarchistischen Beamten sah das Wesen der Demokratie darin, daß jeder Beamte Gehalt beziehen und daneben sein Bestes tun dürfe, die Republik zuschanden zu treiben. Das Gesetz hält nun den Beamten, die sich mit den neuen Verhältnissen nicht abfinden können, deutlich ihre Pflicht vor Augen, spezifiziert genau, so daß jeder weiß, was er der Republik schuldet. Auch hier war das wichtigste, dafür zu sorgen, daß auch Behörden vorhanden sind, die geneigt sind, diese disziplinarischen Abschnitte durchzuführen. Einen Vorschlag der Regierung, neben den bestehenden Disziplinarbehörden einen für das ganze Reich wirksamen Disziplinarsenat zu schaffen, haben die bürgerlichen Parteien abgelehnt. Sie konnten sich aber unserem Verlangen nicht entziehen, daß die Entlassung aller bisherigen Disziplinarbehörden zum 31. August dieses Jahres und die Neubesetzung aller Disziplinarbehörden zu diesem Termin aussprach. Ende August wird also ausgekehrt.

An vierter Stelle steht die Amnestie. Auch diese entspricht nicht unseren Wünschen. Sie umfaßt nicht alle Fälle, die wir verlangten; denn sie umfaßt wegen verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten nur die von Gerichten des Reichs Verurteilten und nicht die von den Gerichten der Länder Verurteilten. Sie geht auch dem Wortlaut nach für die von Gerichten des Reichs Verurteilten nicht so weit, als wir es wünschten. Praktisch aber glauben wir, daß das Resultat sein wird, daß von den durch Gerichte des Reichs Verurteilten, also auch denen, die im vergangenen März verurteilt worden sind, etwa 70 übrig bleiben werden, die nicht unter die Amnestie fallen. Von diesen ist mit Gewißheit anzunehmen, daß ein Teil im Wege eines besonderen Gnadenaktes noch aus den Strafanstalten kommt, während von einem anderen Teil nicht ohne weiteres feststeht, ob sie politische „Verbrecher" sind oder nicht. Für diese Fälle ist ein Ausschuß eingesetzt, der die einzelnen Fälle noch zu prüfen hat.

Zusammenfassend können wir sagen, das, was geschaffen worden ist, ist nicht das Ideale, aber es gibt einer Regierung, die will, drei starke Waffen: es gibt ihr einen Gerichtshof, der besser ist als alle Gerichtshöfe, die sie bisher hatte, und den sie nach den Bedürfnissen eines republikanischen Staatswesens gestalten kann; es gibt ihr eine Kriminalpolizei, die auch im schwärzesten Bayern suchen kann, was schwarz ist; es gibt ihr starke Mittel gegen das Beamtentum, das rebellisch ist. Die Regierung kann jetzt nicht mehr sagen, sie habe keine Mittel. Daß jetzt etwas geschieht, hat nur eine Voraussetzung, nämlich die, daß eine Regierung will. Und daß sie wolle, dafür haben die Massen draußen zu sorgen. Li.

Die Moskauer Mordjustiz

Der Prozeß gegen die Sozialisten-Revolutionäre, der gegenwärtig in Moskau sich abwickelt, geht seinem Ende entgegen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, beabsichtigt man, die Rache gegen die verhaßten Nichtkommunisten bis zur Neige auszukosten. Alle Vorstellungen der sozialistischen Parteien und sonstigen proletarischen Organisationen aller Länder haben nicht vermocht, die nach jahrelanger Haft und trotz vor langer Zeit erfolgter Amnestierung vor das Gericht geschleppten Opfer der russischen Henkerjustiz zu entwinden. Wie im Lessingschen Nathan der Jude verbrannt wird, sollen hier die nicht kommunistengläubigen Revolutionäre gehenkt werden. Mondelang dauert die Justizkomödie bereits. Ursprünglich hatte man sich den Anschein gegeben, nach Recht und Gesetz urteilen zu wollen. Wie in Wirklichkeit der ganze Prozeß aufgezogen wurde, zeigte sich gleich zu Beginn der Verhandlungen, denen u. a. auch unsere Genossen Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht als Verteidiger beiwohnten. Die Angeklagten sahen sehr bald ein, daß jede Verteidigung zwecklos war, daß hinter den Kulissen bereits die Galgen aufgerichtet wurden und man in Moskau unter keinen Umständen auf die „Genugtuung" verzichten wollte, möglichst viele der Angeklagten baumeln zu sehen.

Im Laufe der Verhandlung hat sich herausgestellt, daß der berüchtigte Semenoff, auf dessen Aussagen die ganze Anlage aufgebaut ist, nichts anderes als ein gemeiner Provokateur ist. Dieser Herr war acht Monate lang gleichzeitig Mitglied der bolschewistischen Partei und Mitglied der Partei der Sozialisten-Revolutionäre, in deren Namen er selbst alle diejenigen Attentate und Expropriationen organisierte, die er nunmehr auf die Führer der Sozialisten-Revolutionäre, die nach zwei- bis dreijährigem Verbleiben im Gefängnis jetzt auf die Anklagebank gesetzt sind, abzuwälzen sucht.

Selbst die erprobten Moskauer Richter gerieten bei der Wendung, die der Prozeß genommen hat, in arge Verlegenheit. Aber ihnen wurde Hilfe. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschloß, daß der Prozeß gegen die Sozialisten-Revolutionäre mit der Fällung des Todesurteils zu beenden ist und daß an einigen Angeklagten dieses Urteil zur Ausführung zu gelangen hat. Maxim Gorki bezeichnete in einem Briefe an den Volkskommissar Rikow die vorbereitete „Abrechnung" mit den gefangenen Sozialisten-Revolutionären als einen beabsichtigten Mord. Trotz des ungeheuren Druckes der Kommunisten, die die Unzufriedenen auf die Straße hinauswerfen und zu Aussperrungen ganzer Betriebe schreiten, werden in der ganzen russischen Arbeiterschaft Stimmen des Protestes gegen den sich vorbereitenden Mord an alten Revolutionären und Sozialisten immer lauter. Aber auch die deutschen Arbeiter dürfen einer Greueltat gegenüber nicht gleichgültig bleiben.

Die Rachejustiz in Moskau zerschlägt alle Möglichkeiten der internationalen Einigung des Proletariats und schürt immer aufs neue auch die Gegensätze der klassenbewußten Proletarier der einzelnen Länder selbst. Und wenn man in Moskau glaubt, nur mit drakonischen Bluturteilen das kommunistische Regime aufrechterhalten zu können, so ist es schlecht damit bestellt. Die Proletarier aller Länder haben die Pflicht, alles aufzubieten, der Schandjustiz in Rußland Einhalt zu gebieten. Glaubt die kommunistische Regierung in Sowjetrußland heute noch, auf alle Mahnungen, Warnungen und Forderungen nach Menschlichkeit pfeifen zu können, so werden sie dennoch in nicht allzu ferner Zeit von diesem Wahn geheilt werden.

Wie uns ein Telegramm meldet, hat das revolutionäre Tribunal noch in letzter Zeit seine Rachepolitik verstärkt, indem es den Angeklagten den Besuch der Verwandten untersagte. Die Angeklagten traten darauf, um gegen diese harte Maßnahme zu protestieren, in den Hungerstreik.

Die Gewerkschaftskommission und der AfA-Bund haben sowohl an den Rat der Volkskommissare wie an den Vorsitzenden des Obersten Revolutions-Tribunals in Moskau das folgende Telegramm gesandt:

An den Vorsitzenden des Obersten Revolutions-Tribunals
Pjatakow
Moskau.

An den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Rykow
Moskau.

Erhalten Nachricht, daß einer Anzahl der angeklagten Sozialrevolutionäre Todesstrafe droht. Erheben im letzten Augenblick Protest gegen solches Urteil, das tiefste Empörung bei der Arbeiterschaft Westeuropas auslösen und die letzten Reste der Sympathie für Sowjetrußland vernichten würde.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Sabath.
AfA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau.

Auch die beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen haben sich mit einem Telegramm an die russische Regierung gewandt. Dieses Telegramm hat folgenden Wortlaut:

An die Regierung der russischen Sowjetrepublik
Moskau.

Gegen alle Todesurteile erheben wir aus menschlichen, politischen und sozialistischen Gründen schärfsten Protest.

Wir verlangen Schutz für das Leben der angeklagten Sozialistenrevolutionäre.

Reichstagsfraktionen der
SPD. und USPD.

Hoffen wir, daß die zahlreichen Proteste der proletarischen Parteien aller Länder nicht auch fernerhin achtlos beiseite geschoben werden. Das wäre nicht nur verhängnisvoll für die Angeklagten, sondern auch für die russische kommunistische Partei, wie für den revolutionären Kampf des internationalen Proletariats überhaupt.

Mordheld Kähne verhaftet

Der Schießheld vom Schwielowsee, der Schießereien auf Menschen, die seine Besitzungen betraten, sportsmäßig betrieb und die furchtbarsten Erfolge dabei erzielte, wurde gestern in Haft gesetzt. Aber nicht etwa wegen der schon wiederholt in der Presse besprochenen Bluttaten dieses edlen Epigonen der Raubritter, sondern weil ihm eine weitere scheußliche Mordbüberei zur Last gelegt werden mußte. Die VS.-Korrespondenz berichtet darüber:

Während seinerzeit die Untersuchung gegen den Schloßbesitzer auf Petzow am Schwielowsee, Karl v. Kähne, wegen der bekannten Affäre mit dem Arbeiter Nietert aus Glindow schwebte, wurde die Aufmerksamkeit der Behörden im Zusammenhang mit den vielerörterten Schießereien auf Petzow auch auf einen Leichenfund gelenkt, der im Juli vorigen Jahres unter mysteriösen Umständen im Walde bei Petzow gemacht worden war. Am 30. Juli 1921 wurde der seit dem 2. Mai desselben Jahres vermißte Sohn des Obstzüchters Larse aus Geltow, der 16jährige Lehrling Otto Larse, in fast völlig verwestem Zustande unweit des Schwielowsees in einem Walde aufgefunden, der zum Besitztum der Herren von Kähne gehört. Da bei dem Toten ein Revolver lag, wurde damals Selbstmord angenommen und die Leiche zur Beerdigung freigegeben. Erst später stieg der Verdacht auf, daß der Junge nicht Selbstmord verübt habe, sondern einem Totschlag zum Opfer gefallen ist. Im Frühjahr dieses Jahres wurde auf Veranlassung der Behörden die Leiche exhumiert, und bei der Obduktion die Feststellung gemacht, daß die Leiche neben dem tödlichen Brustschuß auch andere Verletzungen, u. a. einen Knöchelschuß aufwies, daß also von einem Selbstmord nicht die Rede sein konnte, vielmehr ein Verbrechen vorlag. Nach Bekanntgabe der Aussetzung einer Belohnung für die Ausfindigmachung des Täters hat sich bei dem Beamten ein Bauhandwerker Rehfeldt aus Glindow gemeldet und bekundete, daß er zusammen mit Larse wiederholt Liebenelier am Schwielowsee gesucht habe, zuletzt am 2. Mai 1921. Während des Suchens habe sich Larse etwa 200 Meter von ihm entfernt, als plötzlich aus einem Gebüsch ein Schuß gefallen sei. Larse habe laut aufgeschrien und sei zu Boden gestürzt, während er, Rehfeldt, aus Angst, ebenfalls getroffen zu werden, sich im Schilf des Schwielowsees versteckt habe. Nach einiger Zeit sei er dann quer durch den Wald nach dem Fahrweg Petzow-Mittelbusch gegangen, und auf diesem Wege sei dann plötzlich Herr v. Kähne gerade von der Stelle im Walde aus auf ihn zugekommen, von der einige Minuten vorher der Schuß gefallen war. Auf Grund dieser Aussagen ist nunmehr die Verhaftung Kähnes erfolgt.

Die Sachleistungsabkommen in Kraft

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 6. 10. 21 und das Ruppel-Gillet-Abkommen vom 15. 8. und 9. 6. 22 werden nach einem Uebereinkommen der deutschen und der französischen Regierung vom 20. 7. d. J. zur Anwendung gelangen. Von diesem Tage ab gilt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Cunow-Bemelmans-Abkommens vom 2. 6. 20. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit Durchführung des letzteren ist der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt worden. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Paris, 18. Juli. Nach Ansicht des „Petit Parisien" wird Frankreich im Laufe des Jahres 1922 nicht mehr in der Lage sein, für 950 Millionen Goldmark Sachlieferungen aufzunehmen. Man schätzt den Betrag der Lieferungen, die noch in diesem Jahre in Frage kommen könnten, auf 200 Millionen Goldmark.

Neue Morddrohungen

Wir erhalten durch die Post die nachfolgende Drohschrift, die handschriftlich unterzeichnet ist. Wir haben keine Möglichkeit sie jetzt auf ihre Echtheit zu prüfen. Aber jeder Kenner der Stimmung dieser Kreise, ihrer ganzen verbrecherischen Mentalität, wird zugeben, daß jede Zeile für die Echtheit spricht. Es wäre freventlicher Leichtsinn, wenn man sich in dem Wahn wiegen würde, daß Rathenau das letzte Opfer dieser Bestien gewesen sei. Der Kampf mit der Reaktion wird noch ein langer und hartnäckiger sein. Nur die geschlossene einheitliche Kampfesfront der sozialistischen Arbeiterschaft kann und wird ihn mit Erfolg führen.

Berlin, Datum des Poststempels.

Herr Reichspräsident!

Im Namen der Organisation C geben wir hiermit folgende Erklärung ab:

Durch diktatorische Maßnahmen wird unter krassester Rechtsbeugung in einseitigster Weise unter dem Druck des radikalen Pöbels der Vernichtungskampf gegen alle vaterländisch und national empfindenden deutschen Volksgenossen eröffnet.

Millionen werden für vogelfrei erklärt; gewisse politische Verbrechen sollen mit dem Tode oder durch lebenslängliche Zuchthausstrafen geahndet werden, obwohl eine entehrende Strafe von den Sozialisten aller Schattierungen für politische Verbrechen von jeher abgelehnt wird.

In diesem aufgezwungenen Kampf lehnen wir die Verantwortung für die kommenden Ereignisse ab. Wir werden uns in rücksichtsloser Weise zu verteidigen wissen. Wir verfügen nicht über einen, sondern über tausende Tilliffen. Ehe aber unsere getreuen Volksgenossen vernichtet werden, gehen ihnen, dazu verbindet uns ein heiliger Treuschwur, die Juden als wissentliche Urheber des Unglücks des deutschen Volkes voran!

Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut!

Wir gehören keiner Partei, keinem Verein und keiner Vereinigung an, nur unser freier Wille und der gemeinsame Haß gegen die Blutsauger an unserem Volke verbindet uns.

Wir warnen in letzter Stunde, denn uns würde jedes deutsche Opfer in diesem Kampfe unsäglich leid tun. Einhundert der schlimmsten Blutsauger stehen auf der Proskriptionsliste, falls einem unserer Angehörigen ein Leid geschieht.

Es lebe das deutsche Vaterland!

Im Namen der deutsch-russisch-ungarischen Abteilungen der Organisation C.

A. Mettner. W. Basaroff. A. Hovos.

Ein deutschnationaler Helfer

Interessant ist es zu hören, warum die Täter gerade die Burg Saaleck als Zufluchtsstätte benutzten. Dazu ist folgendes zu sagen. Es ist festgestellt, daß Kern seinerzeit den Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte. Damals spionierte er als Unterschlupf für ihn die Burg Saaleck aus, wo Dittmar sich dann auch längere Zeit verborgen hielt. Als Kern und Fischer von der Polizei verfolgt, keinen Ausweg mehr wußten, dürfte Kern der Gedanke gekommen sein, nach Burg Saaleck zu fliehen.

Die Rolle, die der Bewohner der Burg, Dr. Stein, seinerzeit gespielt hat, als Dittmar sich auf dessen Burg verborgen hielt, und auch jetzt, als die beiden Rathenau-Mörder dort Unterschlupf fanden, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Jedenfalls wird er der Mitwisserschaft bzw. der Begünstigung beschuldigt und ist von der Polizei verhaftet. Der Verdacht besteht, daß Dr. Stein genau so wie damals, auch jetzt wieder eine Reise angetreten hat, um angeblich nicht zu wissen, daß die beiden Mörder sich auf der Burg versteckt hielten.

Verbotene Studententagung

Frankfurt a. M., 18. Juli.

Das Oberpräsidium für Hessen-Nassau teilt mit: Die von den auf antisemitischer Grundlage stehenden Gruppen der deutschen und österreichischen Studentenschaft für Ende Juli nach Marburg einberufene Studententagung wird auf Grund des Allgemeinen Landrechts und auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verboten.

Sie können so und anders

Von der oberschlesischen Groß-Industrie war unter Leitung der staatlichen Bergwerksdirektion in Hindenburg am 11. Juli ein großes Essen für die Reichswehr- und Schutzpolizeioffiziere arrangiert worden, nachdem tags vorher in dem gleichen Lokal ein Mannschaftsempfang stattgefunden hatte. Während aber das Lokal für die Mannschaften schwarz-rot-gold drapiert war, hatte man am Tage darauf diese Farben entfernt und durch Schwarz-Weiß-Rot ersetzt. Die Musik war dienstlich von der Königin-Luise-Grube gestellt und die Ausschmückung erfolgte durch den Gärtner der staatlichen Bergwerksdirektion. Das Gedeck kostete 150 Mark. An dem Essen nahmen eine ganze Reihe staatlicher Beamten teil. Mit Recht wirft der „Vorwärts" die Frage auf, aus welchem Fonds die Kosten gezahlt worden sind.

Wiederzusammentritt des Anleiheausschusses

Paris, 18. Juli. „New York Herald" gibt folgende Aeußerung wieder, die gestern ein Mitglied der Reparationskommission getan habe. Alles deutete auf den Wiederzusammentritt des Internationalen Anleiheausschusses als die Lösung der Zukunft Deutschlands hin, selbst wenn das Moratorium gewährt werde. Morgan und die anderen Geldgeber würde es wahrscheinlich mehr befriedigen, wenn die Kontrolle, wie die Franzosen sie vorschlagen, und andere finanziellen Sanktionen beiseite gelassen würden. Wenn eine Anleihe über die ganze Welt verteilt würde, so würde das einen allgemeinen Druck bedeuten, der Deutschland veranlassen würde, zu zahlen. Dieser Umstand werde sich vielleicht als der entscheidende Faktor bei der Beseitigung der französischen Einwände erweisen.

Deutsche städtische Anleihen in Amerika. Die New Yorker Bankfirma Farson, Sohn & Co. hat nach einer Meldung der N. Y. Times es übernommen, eine 50-Millionen-Mark-Anleihe der Stadt Hagen i. Westf. auf dem New Yorker Markt unterzubringen. Diese 50prozentige, in Mark rückzahlbare Anleihe wird zu denselben Bedingungen gegeben werden, wie die vor kurzem am gleichen Platz verkaufte Elberfelder Anleihe.

Die Gesetze zum Schutze der Republick angenommen

Reichstagschluß

Gestern hat sich der Reichstag vertagt, nachdem er in einer Dauersitzung von 10 bis 7 Uhr eine umfangreiche Tagesordnung erledigt hatte. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen das Gesetz zum Schutz der Republik, das Amnestiegesetz, das Beamtendisziplinargesetz, das Reichskriminalpolizeigesetz und ein Gesetz, das 75 Millionen Mark zur Durchführung dieser Gesetze fordert. Den Gang der Verhandlungen im einzelnen ersehen unsere Leser aus unserem Parlamentsbericht. Beim Gesetz zum Schutz der Republik hielt der deutschnationale Abgeordnete Bazille eine wüste Hetzrede gegen die „sogenannte Republik" und entfesselte damit einen Sturm auf der Linken. Dieser deutschnationale Urteutone mit dem französischen Namen entstammt einer französischen Emigrantenfamilie und verrät auch äußerlich seine Abstammung sehr deutlich. Ausgerechnet diesen Mann schicken die Deutschnationalen vor als Repräsentanten des Deutschtums! Ihm antwortete der rechtssozialistische Abgeordnete Keil unter großem Lärm der Rechten und stürmischer Zustimmung der Linken. Dabei entlarvte er an der Hand amtlicher Akten den Moralprediger Bazille als einen sehr zweifelhaften Ehrenmann. Herr Fehrenbach vom Zentrum rechnete gleichfalls scharf mit der deutschnationalen Gesellschaft ab. Nachdem der Kommunist Koenen dann eine blöde Schimpfkanonade gegen die beiden sozialistischen Parteien losgelassen, kam unser Genosse Henke zum Worte, der zunächst sowohl den kommunistischen wie den deutschnationalen Phraseur Spießruten laufen ließ und dann unsern Standpunkt sachlich begründete. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es noch wiederholt zu scharfen Zusammenstößen, aber schließlich gelang es dem Präsidenten Löbe, das Parlamentsschiff glücklich in den Ferienhafen zu bringen.

Sitzungsbericht

Sitzung vom Dienstag den 18. Juli.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 10,15 Uhr vormittags.

Die Gesetzentwürfe über die Dauer von Demobilmachungsverordnungen, die Gebührenfreiheit bei Ueberführung von Kriegerleichen, Aenderung in der See-Unfallversicherung werden debattelos in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse wird in dritter Beratung angenommen.

Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs zum

Schutz der Republik

führt der

Abg. Bazille (Dtn.) aus: Der Kanzler hat mit seinem Wort „Der Feind steht rechts" in einer Minute mehr gesagt, als er im ganzen Leben verantworten kann. Alles Unheil komme auf sein Haupt! (Stürmische Entrüstung links.) Als Partei des Rechtes und der Ordnung, die wir immer gewesen sind, lehnen wir dieses Ausnahmegesetz ab. Dieses sogenannte Gesetz zum Schutz der sogenannten Republik (Tumult links.) beseitigt alle republikanischen Grundsätze. Für die jungen romantischen deutschvölkischen Elemente außerhalb unserer Partei lehnen wir alle Verantwortung ab (Zuruf Loewenstein, USP.): Ihre Partei schürt gerade die Romantik dieser jungen Leute!) Bazille ruft Loewenstein zu: Sie unverschämter antisemitischer Geselle. — Ordnungsruf. (Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten verlassen den Saal.) Der Redner ergeht sich sodann in so ausfallender persönlicher Weise gegen den Reichskanzler, wobei es zu stürmischen Zwischenfällen kommt. Der Präsident versucht lange Zeit, vergeblich Ruhe zu schaffen.

Abg. Keil (SPD.): Die Hetzrede des Abg. Bazille zwingt mich, diesem Apostel der Moral und Ordnung einen Spiegel entgegenzuhalten. Bazille hat als Präsident der deutschen Zivilverwaltung in Belgien ordnungsmäßige Bezüge bezogen, dazu für die ganze Dauer des Krieges 40 Mark Zulage pro Tag. Für diese Entgegennahme der Bezüge ist ihm im August 1916 das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen worden. Er ist dann noch im Februar 1917 auf Antrag eines Generals mit dem württembergischen Wilhelm-Kreuz ausgezeichnet worden. Im Dezember 1918 ist er nach Württemberg zurückgekehrt. Ihm wurde attestiert, daß er sich **während des Krieges tapfer versorgt habe mit Nahrungsmitteln, die für die deutschen Truppen draußen bestimmt waren.** (Hört! Hört! links. Stürmisches Pfui!) Er hat sich dann sofort in das parteipolitische Leben gestürzt, er wurde am 12. Januar 1919 Mitglied der württembergischen Landesversammlung. Am 19. Januar 1919 hat er dem württembergischen Minister des Innern ein Schreiben gesandt, daß er sich vom 1. Februar wieder dem württembergischen Staatsdienst zur Verfügung stellen würde und von diesem Zeitpunkt **an um Ueberweisung seines Gehalts bitte.** (Hört! Hört! links.) Die Ueberweisung des Gehalts ist erfolgt. Herr **Bazille hat seinen Dienst** jedoch unter Hinweis darauf, daß seine Eigenschaft als Abgeordneter ihm dies nicht erlaube, **nicht angetreten.** (Hört! Hört! links.) Nach zehn Monaten kommt durch einen Zufall heraus, daß **Bazille sich seine Bezüge als Präsident der deutschen Zivilverwaltung in Belgien außer seinen Bezügen aus dem württembergischen Staatsdienst hat weiterzahlen lassen.** (Stürmisches Pfui bis zum Zentrum.) Ich habe deswegen Bazille bei seiner provozierenden Rede mit Bewußtsein zugerufen: „Sie sind ein Betrüger und ich halte dieses Wort aufrecht. (Ordnungsruf.)

Das Schreiben der württembergischen Regierung an den Reichsminister des Innern vom 10. Februar 1920 mit der Bitte um Aufklärung, wird am 21. Juni vom Reichsministerium **als unauffindbar** erklärt. (Hört! Hört!) Nach vielem Hin und Her kommt am 19. November 1920 die Entscheidung, daß der Reichsminister sich nachträglich damit einverstanden erklärt habe, daß die überhobenen Bezüge als einmalige Entschädigung nach dem Ausscheiden des Herrn Bazille ihm belassen werden. (Großer Tumult.) Zur Vervollständigung des Bildes dieses Moralapostels teile ich noch mit, daß Bazille am 30. Juli 1914 an einer Sitzung eines Fachschulrats teilgenommen hat, zu der er durch das **Auto eines Mitglieds des Fachschulrats befördert wurde; er reichte aber eine Postrechnung ein auf Fuhrkosten I. Klasse** zu dieser Sitzung. Diese Rechnung wurde beanstandet, aber vier Jahre später ist sie ausgezahlt worden. Nach seiner Rede war Bazille wert, daß man ihm diesen Spiegel vorhielt. (Lebhaftes Bravo! links.)

Präsident **Löbe** bedauert, daß durch die Rede des Deutschnationalen die Verhandlungen diesen Gang genommen haben.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Diese giftgeschwollene Rede von Bazille ist in langer Arbeit präpariert worden. (Auf die Frage des Abg. Fehrenbach an den Abg. Westarp (Dtn.), ob er es mit seiner ritterlichen Ehre vereinbaren könne, die gemeine Rede Bazilles gutzuheißen, antwortet Westarp unter stürmischer Entrüstung mit „Ja".) Wie schätzen Sie nur die Kreise ein, von denen sie verlangen, daß sie Sie wählen sollen?

Abg. Emminger (D. Vp.) legt noch einmal die Gründe dar, aus denen die Bayerische Volkspartei den Entwurf ablehnen wird.

Abg. Stresemann (D. Vp.) erklärt, daß das Gesetz durch die Abänderungen im Ausschuß für sie annehmbar geworden sei, da jetzt seine objektive Handhabung gewährleistet sei.

Abg. Koenen (KPD.): Bazille hat heute einen offenen Vorstoß unternommen, wie Helfferich einen Tag vor der Ermordung Rathenaus. Gilt er dem Reichspräsidenten? Hergt hat als Parteivorsitzender gegen die Abgeordneten Moses, Zubeil, Höllein, Remmele und Koenen Strafanzeige erstattet, weil sie am Mordtage in der berechtigten Empörung hier im Sitzungssaal gerufen haben: Der Mörder Helfferich muß raus! Dem Gesetz muß wieder der Ausnahmecharakter gegeben werden. Die schaurigen Tage der Eden-Hotel-Kamarilla werden sich wiederholen. — Die weiteren Ausführungen des Abg. Koenen sind ausschließlich gegen die USP. und ihre jetzigen Beschlüsse gerichtet.

Abg. Henke (USP.):

Die Kommunisten sind am wenigsten berufen, irgendeiner proletarischen Partei Mahnungen oder Vorwürfe zu machen, weil es keine proletarische Partei in Deutschland gibt, die solche Todsünde auf sich geladen hat wie die kommunistische Partei. (Widerspruch bei den Komm.) Die Arbeitermassen, die mit der Taktik der Kommunisten ihre Erfahrungen gemacht haben, fallen auf ihre Phrasen nicht mehr herein. Wir haben uns bemüht, Verbesserungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, und wenn das Gesetz wirklich Verschärfungen gegen rechts und Verbesserungen für die Arbeiterschaft enthält, dann haben wir einen großen Anteil daran. Wir sind darauf nicht stolz, wir wissen, daß die bürgerlichen Parteien nur gezwungen den Kampf zum Schutz der Republik mit uns führen und die Front gegen das Proletariat wieder aufnehmen werden. Der beste Beweis dafür, daß der Staatsgerichtshof in der Tat eine Verbesserung der bestehenden Rechtsverhältnisse darstellt, ist der Widerstand Bayerns gegen diesen Gerichtshof. Die Kommunisten hätten die Pflicht, mit uns zu arbeiten zur Durchführung dieses Gesetzes. Hierzu gibt es keinen andern Weg als den Zusammenschluß der proletarischen Kräfte. Unsere Partei war bereit, zur Durchführung des Schutzes der Republik in die Regierung einzutreten. Die Kommunisten haben nichts weiter gewußt, als zu kläffen. Der Gesetzentwurf zum Schutz der Republik ist eine unbedingte Notwendigkeit, so lange ein Herr Bazille hier die Frechheit hat, von der „sogenannten" Republik zu sprechen. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen das Gefasel der Kommunisten, wir oder die Sozialdemokraten wollten mit der Deutschen Volkspartei den Schutz der Republik durchführen. Mir liegt ein Rundschreiben der Deutschen Volkspartei aus Sachsen vor, das vor der Ermordung Rathenaus erlassen wurde und in dem Rathenau als der gekrönte König in Deutschland bezeichnet wurde, daß bei einer eventuellen Reichstagswahl Rathenau ungeahnte Mengen von Geldern in die Wahl werfen könne. In diesem Zirkular zeigt sich, daß in der Deutschen Volkspartei genau dieselbe deutschvölkische Auffassung vertreten ist wie in der deutschnationalen Partei. **Die Zeit der Westarp, Helfferich und Bazille ist für immer dahin.**

Wir versprechen uns von dem Gesetz eine Wirkung auch von günstigster wirtschaftspolitischer Art. Wenn der Wert der Mark wieder steigen soll, dann muß die deutsche **Bevölkerung Einfluß auf die Verwaltung bekommen.** Langsam zwar wird das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland kommen, aber es wird kommen und damit auch die besseren Beziehungen zum Ausland. Es ist für die junge Republik sehr schwer, die Fehler der früheren Herrscher wieder gutzumachen. Die breiten Massen werden noch Jahrzehnte unter den Folgen dieser verderblichen Politik zu leiden haben.

Die wirtschaftliche Not der Arbeiter, der einzigen zuverlässigen Schützer der Republik, ist eine Folge der verbrecherischen Politik des alten Regimes.

Wir werden den Kampf um die wirtschaftliche Lage der breiten Massen Hand in Hand mit dem Schutze der Republik führen. Der gefürchtete Zusammenschluß proletarischer Parteien allein schon hat seine Wirkung auf die Rechte ausgelöst. Die Folge dieses Zusammenschlusses des Proletariats wird eine Verschärfung des Klassenkampfes.

Notwendig zum Schutz der Republik ist **eine gründliche Finanzreform, ohne die wir aus dem Elend nicht herauskommen werden.** Wir werden dafür sorgen, daß die vorliegenden Gesetze wirklich dem Schutz der Republik dienen. Wenn sie aber in Angriffsmöglichkeiten gegen die Revolution und die Arbeiter verkehrt werden sollten, **dann werden wir die Massen zum Kampf aufrufen.** (Lebhaftes Bravo! bei den US.)

In einer persönlichen Bemerkung versucht **Abg. Bazille** (Dtn.), sich von den vom Abg. Keil (Soz.) gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen.

Abg. Keil (Soz.): Von den Anschuldigungen, die ich gegen Bazille erhoben habe, nehme ich nicht ein i-Tüpfelchen zurück.

Hierauf wird der Gesetzentwurf zum Schutz der Republik nach einigen Abänderungen in namentlicher Abstimmung mit 308 gegen 102 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit (272) ist vorhanden.

Der Antrag der Koalitionsparteien auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Reichswehr wird angenommen.

Der Entwurf eines Luftverkehrsgesetzes wird in der Abstimmung durch die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit angenommen.

Der Entwurf über **Straffreiheit für politische Straftaten** wird ohne Debatte angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird der Entwurf über die **Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik** mit 278 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Auch hier ist die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit vorhanden.

Beim Gesetz über die

Errichtung eines Reichspolizeiamts

und **von Landeskriminalpolizeibehörden** führt

Abg. Simon (USP.) aus: Es ist Einspruch dagegen erhoben worden, daß das Reichspolizeiamt ohne Zustimmung einzelner Staaten berechtigt sei, einzugreifen. In einem Artikel des „Berliner Tageblatt" von heute abend heißt es über den Selbstmörder der Mörder Rathenaus: „Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels einige Stunden später erfolgt, dann wären die Täter entschlüpft, denn sie hatten schon telephonisch Fühlung mit München, und Helfer waren mit falschen Pässen und neuer Kleidung nach Burg Saaleck unterwegs, um die Mörder über die tschechoslowakische Grenze zu bringen." Wir wissen, daß von München aus wiederholt Mörder begünstigt und über die Grenze gebracht worden sind. (Lebh. Hört! hört!) Diese Tatsache, die das „B. T." heute abend vorbringt, zeigt von neuem die Notwendigkeit dieses Gesetzes. (Lebh. Bravo! bei den US.)

Abg. Hamm (Dem.) legt Verwahrung dagegen ein, daß vom Abgeordneten Simon politische Brunnenvergiftung betrieben wird.

In der Abstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen, eines Teils der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Bei der **Beratung** des von den Koalitionsparteien eingebrachten Gesetzes über die **Bereitstellung von Mitteln zum Schutze der Republik** erklärt Abg. **Stoecker** (KPD.), daß das Gesetz zum Schutze der Republik ein Gesetz zum Schutz der Monarchie geworden sei. Seine Partei lehne daher auch die Bewilligung der zur Durchführung dieses Gesetzes nötigen Gelder ab.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Ultimatumsversorgungsgesetz erhält die durch die Verfassung vorgeschriebene Mehrheit.

Präsident **Löbe** schlägt vor, um ½6 Uhr eine neue Sitzung anzuberaumen, mit dem Rest der Tagesordnung (Ausschußberichte) und dem nicht auf der heutigen Tagesordnung stehenden, von der Deutschen Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerischen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfs zur Aenderung des Strafgesetzbuchs. Nach diesem Entwurf sollen mit Gefängnis- oder hohen Geldstrafen die Personen bestraft werden, die Versammlungen verhindern oder sprengen. Gegen die Ansetzung dieses Punktes auf die nächste Tagesordnung erheben die Kommunisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten Einspruch.

Präsident **Löbe** eröffnet die zweite Sitzung um 6 Uhr 15 Minuten.

Abg. Müller (SPD.) erklärt, daß ihre Ablehnung der Festsetzung der Strafgesetzbuchänderung auf die Tagesordnung durch einen Irrtum entstanden sei. Wir werden unsern Einspruch zurückziehen.

Der Einspruch der Kommunisten, auch gegen die Anberaumung einer neuen Sitzung, mit dem Tagesordnungspunkt: Strafgesetzbuchänderung ist nicht genügend unterstützt.

Bei einer **dritten Sitzung** um 6 Uhr 35 Minuten findet die erste Beratung dieses Entwurfs zur Aenderung des Strafgesetzbuchs statt.

Abg. Koenen (KP.): Meine Partei nimmt auf das energischste gegen den Entwurf und selbst gegen seine Ueberweisung an einen Ausschuß Stellung. Auf Grund der Ausnahmeverordnung hat man eben die unabhängige „Bremer Arbeiter-Zeitung" wegen einer Kritik am Bremer Senat beschlagnahmt.

Abg. Levi (USP.): **Die Beschlagnahme ist auf Grund der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten erfolgt, von der Herr Koenen vor noch nicht einer Stunde gesagt hat, sie sei gut, nur das Gesetz zum Schutz der Republik sei schlecht.** Wir sind uns wohl bewußt, daß wir jahrelang darum kämpfen müssen, daß die Bureaukratie, die durch und durch reaktionär verseucht ist, sie anwendet gegen die, gegen die sie geschmiedet worden ist: gegen die Rechte. Der Bremer Fall ist doppelt schwierig: Man hat dort bewußt und gewollt die Verordnung des Reichspräsidenten mit Füßen getreten, denn die Notiz, um derentwillen die Beschlagnahme des Blattes erfolgte, war lediglich ein Bericht der Bremer Bürgerschaft mit der Ueberschrift: „Der Senat auf der Anklagebank". Diese Beschlagnahme ist ein unhörtes Verbrechen, ist eine Schmach! (Zustimmung.) Wir werden gegen die Ueberweisung des vorliegenden Entwurfs zur Aenderung des Strafgesetzbuches an eine Kommission Widerspruch erheben, es sei denn, daß die Parteien des Hauses auch der Kommissionsüberweisung folgenden unabhängigen Antrages zustimmen: **„Beamte, die die ihnen nach dem Gesetz über den Schutz der Republik übertragenen Pflichten groß fahrlässig oder absichtlich außer acht lassen oder die ihnen übertragenen Rechte außer acht lassen, werden mit Gefängnis oder in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft."** Es muß endlich eine Disziplinierung derjenigen Beamten erfolgen, die **nicht schwachköpfige Narren, sondern starrköpfige Lumpen sind.** (Entrüstung rechts. Beifall links.)

Der bremische Gesandte: Der Abg. Levi hat außerordentlich schwere Angriffe gegen die Bremer Beamten erhoben (Zuruf links: Mit vollem Recht!) Die Verordnung des Reichspräsidenten war kaum erlassen, als sich in der sozialdemokratischen Presse lebhafte Angriffe gegen den Bremer Senat richteten, weil dieser die Verordnung angeblich sabotiere. Die „Bremer Arbeiterzeitung" hat behauptet daß ein Bericht des Präsidenten der Bremer Bürgerschaft über Presseäußerungen, die die Haltung des Bremer Senats zur republikanischen Schutzgesetzgebung betrafen, auf Grund betrügerischer Presseberichte erfolgt sei. Ob diese Aeußerung zu der Beschlagnahme führte, weiß ich nicht.

Abg. Koenen (KPD.): Der bremische Gesandte hat mit seiner Rede den besten Beweis dafür gegeben, daß niemand in dem Bericht der „Bremer Arbeiterzeitung" einen Anhaltspunkt zur Beschlagnahme des Blattes finden kann.

Abg. Henke (USP.): Wenn der bremische Gesandte den Anschein erwecken wollte, als ob der Bremer Senat aus republikfreundlichen Männern bestehe, so erhebe ich den allerenergischsten Widerspruch dagegen. **Der Bremer Senat gehört zu den reaktionärsten Verbänden.** In Verhandlungen in der Bremer Bürgerschaft ist aufgedeckt worden, wie der **Bremer Senat das Spitzelwesen allerärgster Art gezüchtet und geduldet** hat. Der Bremer Senat hat durch seine Politik nach der Revolution seine reaktionäre Einstellung wieder und wieder bewiesen. Anstatt daß man in Bremen jetzt die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten dazu benutzt, um die Waffenlager ausfindig zu machen, deren Bestehen festgestellt wurde, stellt man jetzt wegen dieses Berichtes auf Grund dieser Verordnung Strafantrag gegen den verantwortl. Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", Gen. Faust. Der bremische Gesandte versucht, den Beweis für die republikanische Einstellung des Senats mit der Feststellung zu erbringen, daß der Senat als einer der Ersten dem Reichskanzler sein Beileid über den Rathenau-Mörder ausgesprochen hat. (Heiterkeit.)

Die Ueberweisung des Entwurfs zur Aenderung des Strafgesetzbuchs an den Rechtsausschuß wird mit den Stimmen der Bürgerlichen beschlossen. Der Antrag der Unabhängigen wird ebenfalls an den Rechtsausschuß überwiesen. — Das Haus erledigt dann noch einige unwesentliche Ausschußberichte.

Das Haus vertagt sich. Der Präsident wird ermächtigt, den Reichstag je nach Notwendigkeit, spätestens am 17. Oktober, einzuberufen. — Schluß ½8 Uhr.

Polizei gegen Streikende

25 Personen tot, 41 verletzt

Paris, 18. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" wurden bei Zusammenstößen zwischen Polizei und streikenden Bergarbeitern in West-Virginien insgesamt 25 Personen getötet und mehr als 41 Personen verletzt. Die Behörden sind Herren der Lage

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne täglich 7½ Uhr: **Robert u. Bertram**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Die erste Geige**

Staats-Theater Schauspielhaus 7½ Uhr Operettengastspiel **Die beiden Nachtigallen**

Deutsches Theater 7½ Uhr: **Pojazz und Perlmutter**

Kammerspiele 7½ Uhr Gastspiel Hans Thimig vom Wiener Burgtheater **Der Raub d. Sabinerinnen**

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Die Maschinenstürmer**

Theater in der **Königgrätzer Str.** 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler.

Komödienhaus Tgl. 8 U. **„Gretchen"**

Berliner Theater 7.45 Uhr: **Madame Flir**

Theater am Nollendorfplatz 7¾ Uhr **Verliebte Leute**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Er und seine Schwester**

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr: **Residenz-Theater** Eine Frau ohne Bedeutung

7¼ Trianon-Theater **Moral** v. Ludw. Thoma

Theater des Ostens (Rose-Theater) 5 Uhr: Konzert 7½ Uhr: Dorus Resi

Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9 Täglich 7½ Uhr Die Prinzessin vom Nil Operette in 3 Akten, dann das Spezialit.-Programm Beginn des Konzerts 4½ Uhr

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Str. 6 Moritzpl. 16077 Allabendl. 7½ Uhr

Gastspiel-Programm Leipziger Sänger am 24. Progr. 1. Aug. Wiederauftreten der Elite-Sänger.

Metropol-Varieté Behrenstr. 54 8 Uhr Infolge d. großen Erfolges verlängertes Gastspiel **Carl Bolesko** und 8 weitere Varieté-Schlager

Werbt für unser Blatt!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Kollege, der Schlosser

Wilh. Sponholz

Rüdersdorfer Strasse 43, am 16. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, d. 20. Juli 1922, nachmittags 5½ Uhr, vom Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Geschäftsbericht

über das 3. Geschäftsjahr der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921.

Bilanz per 31. Dezember 1921.

Aktiva.

		Mark
Kassenbestand		117 651,81
Außenstände:		
Kunden-Konto A-Z	820 952,65 M.	
Spediteur-Konto	107 302,05 „	
Bank-Konten	143 611,60 „	
Postscheck-Konto	23 910,76 „	
Diverse Konten	872 463,76 „	1 968 440,82
Lager der Buchhandlung:		
Lager an Büchern und Schriften laut Inventuraufnahme		176 852,50
Hypotheken-Konto		450 000,—
Kautionen:		
Diverse hinterlegte Beträge		8 793,—
Inventur-Konto lt. Buch 111 559,10 M. abzügl. Abschreibung	11 159,10 „	100 400,—
		2 822 084,13

Passiva.

		Mark
Schulden:		
Lieferanten-Konto A-Z	77 023,65 M.	
Spediteur-Konto	8 203,65 „	
Diverse Konten	1 923 865,48 „	
Zinsen für die Gen.	35 902,55 „	2 044 995,12
Anteil-Konto — 27 695 Anteile à 20 M.		553 900,—
Reservefonds		19 036,55
Vergrößerter Spezial-Reservefonds		76 146,23
Druckerei-Spezial-Reservefonds		95 182,78
Gewinn- und Verlust-Konto:		
Nettogewinn	32 823,45 M.	
Gewinnverteilg. nach § 22 d. Statuts:		
10% in den gesetzlichen Reservefonds	3 282,35 M.	
40% in den vergr. Spezial-Reservefonds	13 129,40 „	
50% in den Druckerei-Spezial-Reservefonds	16 411,70 „	32 823,45
		2 822 084,13

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1921.

Verlust.

		Mark
Zeitungs-Verlags-Konto		4 336 524,18
Generalunkosten		3 417 190,60
Umsatzsteuer-Konto		321 287,20
Inventar-Abschreibung		11 159,10
Wohlfahrts-Konto		261,50
Zinsen-Konto:		
3% Zinsen auf die gezeichneten Genossenschaftsanteile	24 347,50 M.	
ab von Banken vergütete Zinsen	8 556,41 „	15 791,09
Bilanz-Konto:		
Nettogewinn per 1921		32 823,45
		8 135 037,12

Gewinn.

		Mark
Beitrittsgeld-Konto		442,—
Stiftungsfonds-Konto		1 699,75
Inseraten-Konto		3 304 836,02
Buchhandels-Konto:		
Ueberschuß der Buchhandlung	151 206,85 Mk.	
Lagerbestand der Buchhandlung	176 852,50 „	328 059,35
Entschädigungs-Konto		4 500 000,—
		8 135 037,12

Vorstehende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung habe ich geprüft und mit den ordnungsmäßig und richtig geführten Geschäftsbüchern übereinstimmend gefunden.

Johann Grade,
öffentlich angestellter, beeidigter Bücherrevisor im Bezirke der Handelskammer zu Berlin.

Mitgliederbewegung:

Mitgliederzahl bei Beginn des Geschäftsjahres		8 591
Zu: im Berichtsjahr neu eingetretene Mitglieder		220
		8 811
Mit Beendigung des Geschäftsjahres scheiden aus:		
durch Tod	23 Mitglieder	
infolge Aufkündigung	419 Mitglieder	
durch Ausschluß	1780 Mitglieder	2 222
Es werden demnach in das neue Geschäftsjahr 1922 Genossen übernommen.		6 589
Die Haftsumme betrug am 31. Dezember 1920	826 400,— Mk.	
sie verminderte sich um	282 500,— Mk.	
Haftsumme bei Beginn des Geschäftsjahres 1922	553 900,— Mk.	

Berlin, im Juli 1922.

Der Vorstand.
Adolf Holz. Bernhard Rubinstein. Franz Nowak.

Für den Aufsichtsrat.
Oskar Witzke, Vorsitzender.

Metall einkauf Osten Gr. Frankfurter Str. ... zahlt Tagespreise f. **Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.**

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hälft. Gefäß u. Bein. Da schm. Fälle in 15 Tag. befeit m. hierdurch unantastbare Heilerf. besteh. u. Refz. ... Jacoby.

Sämtliche **Metalle** kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken Schulzendorferstr. 2.

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspr. f. Pfandsch., Brillanten, Goldgegenst., Tepp., Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III, Ecke Kochstr.

Am 14. Juli verstarb nach schwerem Leiden in Baden-Baden der Seniorchef unseres Werkes in Adlershof, Herr Kommerzienrat

Dr. iur. h. c. Carl Leopold Netter

Die Beamten und Arbeiter des Werkes verlieren in dem Heimgegangenen, der der Gründer des Werkes gewesen ist, einen warmherzigen Gönner und Förderer. Er hatte stets ein offenes Ohr und eine offene Hand für alle Leiden seiner Werksangehörigen und war allzeit ein Vorbild in Fleiss, Pflichttreue und Nächstenliebe. Sein Andenken wird darum bei uns in steter dankbarer Erinnerung bleiben.

Die Beamten und Arbeiterschaft des Werkes der Firma
Wolf Netter & Jacobi, Adlershof.
Der Betriebsrat.

Tüchtige branchekundige

Verkäuferinnen

für

**Kleiderstoffe
Damenkonfektion
Leinen- und Baumwollwaren
Blumen und Federn
Herrenartikel und Herrenhüte**

sofort gesucht.

Meldungen: 1-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliancestr. 1/2

Für unsere umfangreiche Abteilung

Schuhwaren

suchen wir sofort oder später

allererste Kraft als **Einkäufer**

Ausführliche schriftliche Bewerbungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit sowie Zeugnisabschriften od. persönliche Vorstellung 1 bis 2 Uhr mittags oder 5 bis 6 Uhr abends erbeten.

A. Jandorf & Co
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 118-119.

Donnerstag, den 20. Juli 1922.

Branchen-Vertrauensmänner-Konferenzen:

Autogen- und Elektroschweißer: Abends 7 Uhr, im Lokal von Neumann, Gubener Straße 45.

Betriebe für gelochte Bleche sowie Bauschlosser Berlins und Umgegend: Abends 6½ Uhr, bei Schwarz, Keibelstraße 39.

Chirurgische Branche: Abends 5 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstraße 5.

Drahtarbeiter: Abends 7 Uhr, bei Bierbeklein, Adalbertstraße 59.

Eisenformer und Berufsgenossen: Abends 6½ Uhr, bei Kaß, Mazstraße 12.

Eisenkonstruktions-, Fahrstuhl- und Signalbaubetriebe: Abends 7 Uhr, bei Dams, Schlegelstraße 9.

Eisen-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Rundschleifer: Abends 7 Uhr, in der Schulaula, Koppenplatz 12.

Elektromonteure und Helfer: Abends 7 Uhr, in der Schule Auguststr. 68.

Emaillierer: Abends 6 Uhr, bei Boß, Weberstraße 6. Vertrauensleute und Betriebsräte. Vortrag des Kollegen Jacktewicz über Betriebsrätefragen.

Gold- und Silberarbeiter: Abends 5½ Uhr, im Dresdner Garten, Dresdener Straße 45a.

Graveure und Ziseleure: Abends 5 Uhr im Alexandreiner, Alexandrinenstraße 37a, Saal 4.

Gürtler, Kronenschlosser und Kronenklempner: Abends 5 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.

Hilfsarbeiter: Abends 7 Uhr, bei Caros, Wollinstraße 37.

Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen: Abends 6½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstraße 83—85.

Kesselschmiede: Abends 7 Uhr, im Lokal von Barleben, Burgsdorfstraße, Ecke Wildenowstraße.

Klempner: Abends 5½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24.

Maschinenschlosser: Abends 7 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11—12.

Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Eicher und Eicherinnen: Abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24 (Saal 1).

Metalldrücker: Abends 4½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24.

Metallformer und Berufskollegen: Nachmittags 4½ Uhr, im Lokal von Müller, Schönleinstraße 6.

Metall-, Revolverdreher und Dreherinnen: Abends 5 Uhr, bei Reinke, Grünauer Straße 17.

Metallschleifer und Galvaniseure: Abends 5 Uhr, im Dresdner Gesellschaftshaus, Dresdner Str. 116.

Schmiede: Abends 7 Uhr, bei Mecklenburg, Rabenstraße 6.

Schnittarbeiter, Stanzer, Presser, Zuschneider und Arbeiterinnen: Abends 6 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16.

Schraubendreher: Abends 6 Uhr, bei Ehlert, Kottbuser Straße 19.

Schwarzblech-, Eisenmöbel- und Möbelschloßbetrieben: Abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstraße 21.

Stromerzeugende Industrie und Kommunale Betriebe: Abends 6½ Uhr, im Lokal von Pitz, Schicklerstr. 13.

Walzwerk-, Blei- und Drahtkabel- sowie Papierrohr-Arbeiter und Arbeiterinnen: Abends 6 Uhr, bei Schulz, Elisabethstraße 30.

Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer und Härter: Abends 6 Uhr, in der Schulaula, Gipsstraße 23a.

Wickler, Isolierer, Imprägnierer, Kollektorbauer, Batterie- und Elementenarbeiter: Abends 7 Uhr, bei Döhling, Brunnenstraße 79.

Diese Konferenzen finden regelmäßig an jedem dritten Donnerstag im Monat in den oben aufgeführten Lokalen statt. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Die Vertrauensmänner-Konferenz der Einrichter und Revisoren fällt aus!

Achtung! Kesselschmiede! Achtung!
Donnerstag, den 20. Juli 1922, abends 6 Uhr bei Barleben, Burgsdorfstraße, Ecke Wildenowstraße

Sitzung d. Kommissionsmitglieder.

Freitag, den 21. Juli 1922, nachmittags 5 Uhr

Branchen-Versammlung

der Bauschlosser und der Betriebe für gelochte Bleche in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.

Tagesordnung
1. Bericht der Branchenkommission.
2. Aufstellung des Lohntarifs für Monat August.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtige

Verkäuferinnen

für Kurzwaren, Schreibwaren, Wirtschafts-Artikel, Glas, Porzellan, Damen-Konfektion, Manufaktur-Waren

sofort gesucht

Meldungen v. 11-12 vorm. u. 5-7 nachm.

Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Leitende Stellung
Tüchtiger Möbeltischler und Zeichner verlangt für leitende Stellung einer großen Möbelfabrik in Kowno (Litauen). Offerten mit Gehaltangabe und Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten unter T. F. 7481 an Rudolf Mosse, Berlin Tauentzienstraße 2.

Flaschen, Lumpen,
Knochen, Zeitungspapier, Altmetalle, kauft Grünthalerstraße 89.
— Für Händler Extrapreise. —

Spezial-Arzt
Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid.; Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser".
Dir. O. Löser, Münzstr. 9, nahe Alex.-Pl.
10—1, 4—7. Sonnt. geschl. Damen separat.

Geschlechtskranke
Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamer Str. 123 b, 2. Friedrichstr. 81
3. Königstraße 56/57 am Alexanderplatz.
Sprechstund. 9—12, 4—7, Sonntag 10—12 nur Potsdamer Str. 123 B
Behandl. außerh. d. Sprechz. n. tel. Anruf Nollend. 104, Lützow 153, Zentrum 8724.

Tüchtiger

Verkäufer

für

**Teppiche
Möbelstoffe und
Gardinen**

sofort gesucht

Meldungen v. 11-12 vorm. u. 5-7 nachm.

Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit
von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon:
Amt Norden 833, 834, 835, 836

Am Donnerstag, den 20. Juli 1922 abends 5 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16—17,

Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen aus den Knopfbetrieben.

Tagesordnung
1. Stellungnahme zu unserer Lohnverhandlung.
2. Branchenangelegenheiten.

Alle Kolleginnen und Kollegen müssen vertreten sein.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 20. Juli 1922, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Rohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25 (Großer Saal).

Tagesordnung.
1. Bericht vom Gewerkschaftskongreß
2. Bericht über den Stand der Verhandlungen über den Manteltarif.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Verkäufe

Bettwäsche billig
bis 22. Juli enorm billige Aussteuerwoche. Bettbezüge 228, 268, 345, Kissenbezüge 69, 79. Bei uns keine unbrauchbaren Reklamebezüge, sondern gute haltbare Qualitäten. Bettlaken 115 an. Bunte Bezüge 330, Inletts 375, Handtücher 26 an. Bettes Haustuch für Laken, 140 breit, 118. Wäschestoffe, Tischtücher, Ueberschlaglaken, Allen in herrlichen Garnierungen, weit unter Tagespreis, da wegen riesiger Wareneingänge Lager räumen müssen. Konkurrenzlose Massenauswahl. Streng reelles Angebot. Berliner Bettwäschefabriken, Invalidenstr. 1 (Ecke Wilhelmstr.), Chausseestr. achtundachtzig (Haltestelle Invalidenstraße). Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7 Uhr.

Kinderwagen. Klappsportwagen, Kinderbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Credit-Rath. Gardinen, Madras, Bett- und Diwandecken, Anzüge, Schlüpfer, größte Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elsasser Str. 44 I, nahe Oranienburger Tor.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Fahrräder, Kinderwagen, Puppenw., Weidlich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Potsdamer Straße 47.

Bettwäsche billig! Reisemuster zu besonders günstigen Preisen. Außerdem Bettbezüge 214, Kissen 62, Bettlaken 135 an. Prima Ueberschlaglaken 465. Federdichte Inletts, prima Wäschestoffe, Küchen, Dimiti, Damast, Handtücher, sehr empfehlenswert. Bettwäschefabrik Dresdener Str. dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). Geöffnet bis 7 Uhr.

Silberfüchse 400,—. Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung. Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Möbel

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 68 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern. Spezialität: Einbeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke Görisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstr., am Schles. Bahnhof.

Aufpolstern. Sofabezüge, spottbilligst. Pappelallee 12.

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettbett, Meicke, Augustr. 33a. Quergeb.

Kaufgesuche

Schallplatten, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale, Hennstr. 52. Moabit 6934.

Metallschmelze, Renderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Schnellbrehstahl Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Treibriemen, kauft Hirsch, Ruppiner Str. 37.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienstr. 19.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Kernmacher für Gas- und Wasserarmaturen bei gutem Akkord stellt ein Eduard Pincuß, Große Frankfurter Straße 13.

Vermietungen

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Bolt, Gollnowstraße 35, Königstadt 9564. Filialen: Görlitzer Bahnhof, Wiener Straße 27; Wedding, Lindower Straße 8; Spittelmarkt, Seydelstraße 2; Schlesischer Bahnhof, Langestr. 78; Schöneberg, Hauptstraße 105; Moabit, Paulstraße 7.

Republik oder Geldbeutel

Zur Verschlechterung der Zwangsanleihe

Die zweite Lesung der Zwangsanleihe im Steuerausschuß begann in ganz anderer politischer Situation als die erste. Die Erregung über den Mord an Rathenau hatte die Entwicklung zum bürgerlichen Block aufgehalten. In den ersten Tagen der Erregung war es gelungen, den bürgerlichen Koalitionsparteien Zugeständnisse in der Frage der Getreideumlage in zähen Verhandlungen abzuringen. In der Frage der Zwangsanleihe aber blieb im Grunde alles beim alten. Zwar war die „nationale“ Opposition verstummt und mit ihr die lauten und scharfen Angriffe der deutschen Volkspartei. Aber endlich hielten die bürgerlichen Parteien an ihren Verschlechterungen aus der ersten Lesung fest. Diesmal waren es ganz besonders die Demokraten und ihr Vertreter Dr. Fischer, die sich eifrig darum bemühten, das Gesetz sogar dem Ergebnis der ersten Lesung gegenüber noch weiter zu verschlechtern. Und mit Erfolg! So zeigt nun der Gesetzentwurf, wie er vom Reichstage verabschiedet wurde, der Regierungsvorlage gegenüber folgendes Bild, wobei von Einzelheiten abgesehen ist:

Die Regierungsvorlage hatte Verpflichtung zur Vorauszeichnung bis 1. November 1922 vorgesehen. Für den Fall, daß die Vorauszeichnung hinter der endgültigen zurückblieb, war eine Abgabe festgesetzt. Das ist grundlegend geändert. Eine Verpflichtung zur Zeichnung, und zwar zunächst nur von zwei Dritteln des Zwangsanleihebetrages, besteht jetzt erst zu dem Termin vom 28. Februar 1923; der Rest soll bei der endgültigen Veranlagung zur Vermögenssteuer geordnet werden. Um aber eine möglichst frühe Zeichnung zu erreichen, und zwar möglichst bis zum 1. November 1922, ist eine wirtschaftliche Vergünstigung, ein Diskont, festgesetzt worden. Danach gelten jetzt folgende Zeichnungspreise: Juli 1922 94 Prozent, August 96 Prozent, September 98 Prozent, Oktober und November 100 Prozent, Dezember 101 Prozent, Januar 1923 102 Prozent, Februar 104 Prozent, März 106 Prozent. Aus den Bestimmungen über die Abgabe aber ist folgendes geworden: stellt sich bei der endgültigen Veranlagung zur Vermögenssteuer heraus, daß bei der zum 28. Februar 1923 fälligen Zeichnung von zwei Dritteln des Anleihebetrags ein zu niedriges Vermögen angenommen worden ist, so wird keine Abgabe erhoben, sondern es tritt eine Erhöhung der Zeichnungspflicht ein, die zudem noch niedriger gestaffelt ist als die ursprüngliche Abgabe. Das bedeutet, daß der lässige oder böswillige Zahler, der Saboteur der Staatsfinanzen, den Betrag, der ursprünglich als Abgabe vorgesehen war, verzinst erhält und für den ganzen Betrag obendrein noch veräußerbare oder verpfändbare Wertpapiere in die Hand bekommt. Auf der einen Seite also eine erhebliche Vergünstigung für die Vorauszeichnung, die bei einer Zeichnungspflicht von einer Million Mark 60 000 Mark betragen kann, auf der anderen Seite eine Abschwächung der Garantien gegen Sabotage! Die Verzinsung bleibt auf 4 resp. 5 Prozent erhöht gegenüber 2½ resp. 4 Prozent in der Regierungsvorlage.

Der Tarif ist unverändert geblieben. Die Zeichnungspflicht beginnt bei Grund- und Betriebsvermögen bei 100 000 M., bei sonstigem Vermögen bei 300 000 M. Die Tarifstaffel beginnt bei 1 Prozent von den ersten 100 000 M. des Vermögens und endet bei 10 Prozent von allen Beträgen, die eine Million Mark überschreiten. Die Zeichnungspflicht beträgt daher beispielsweise für ein Vermögen von 200 000 M. 3000 M., für 500 000 M. 14 000 M., für 1 Million 49 000 M., für 2 Millionen 149 000 M. usw.

Die Höhe der Zwangsanleihe ist in der zweiten Lesung auf 70 Papiermilliarden gegenüber 60 Milliarden in der ersten Lesung festgesetzt worden. Alle Anträge, die an dem Betrag von einer Goldmilliarde festhalten wollten, sowie ein Eventualantrag der SPD. auf 80 Papiermilliarden wurden von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die Erhöhung von 60 auf 70 Papiermilliarden ist keine materielle Verbesserung. Denn was die Arbeiterparteien durch eine Basierung der Anleihe auf Goldwert vergebens zu verhindern sich bemühten, ist bereits zwischen erster und zweiter Lesung eingetreten — eine Entwertung der Anleihe auf spekulativem Wege. Selbst wenn der Dollarkurs noch weiter erheblich zurückgehen sollte, wird doch der Betrag von 70 Papiermilliarden in Gold höchstens zwei Drittel Milliarden wert sein. Während der ersten Lesung waren 60 Papiermilliarden ebenfalls zwei Drittel Goldmilliarden wert, so daß durch die Erhöhung auf 70 Milliarden tatsächlich nichts geändert ist, die bürgerlichen Parteien wollen heute also rund eine Drittel Goldmilliarde weniger bewilligen, als sie im April 1922 zuzugestehen bereit waren!

Alles in allem: die bürgerlichen Parteien haben abermals ein Opfer des Gesetzes entwertet. Sie haben abermals darauf gepocht, daß sie es sind, die die Milliarden besitzen, sie haben sich darauf verlassen, daß die Macht des Staates ihnen gegenüber versagt, wenn sie nicht wollen.

Was bleibt von der Zwangsanleihe und ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung übrig? Das Reich wird im Laufe eines Jahres etwa 50—60 Milliarden von dem deutschen Besitz geliehen erhalten, von denen es einen Teil zurückzahlen muß. Das wirkliche Opfer des Besitzes dabei wird etwa soviel betragen, wie die Umsatzsteuer von noch nicht einem Jahr, die von den Massenverbrauchern in Deutschland getragen wird. Neue finanzpolitische Maßnahmen, neue Kämpfe mit den Parteien des Besitzes in Deutschland werden notwendig sein.

Auf dem Gebiete der Verteidigung der Interessen des deutschen Besitzes gegen die Staatsnotwendigkeiten finden sich die wieder, die heute unter dem durch die öffentliche Empörung gegen die Früchte der Politik der reaktionären Parteien gegeneinander stehen. Und stärker noch, als der Zug nach rechts in der großen innerpolitischen Frage des Schutzes der Republik bei den Parteien der bürgerlichen Mitte sichtbar wird, tritt der Zug der deutschen Volkspartei und darüber hinaus in den Steuerfragen zutage. Hier finden sich Dr. Becker von der Deutschen Volkspartei und Dr. Fischer von der Deutsch-demokratischen Partei, die alten Nationalliberalen, wieder zusammen. Die verhängnisvolle Halbheit des deutschen Bürgertums läßt ihm und vor allem seinem liberalen und demokratischen Teil die großen Zukunftsinteressen in den Hintergrund treten vor dem Feilschen um jede Papiermark, die der Besitz dem Staate leisten soll. An diesen Teil des Bürgertums, an die Partei Rathenaus, hat der „Vorwärts“ in diesen Tagen appelliert. Die Auspizien für eine gute Wirkung des Appells sind wohl günstig. Soweit die Finanzpolitik in Frage kommt, sind die Herren zu nationalliberal. Das heißt, der Geldbeutel scheint ihnen mehr zu gelten als die Republik. Ihnen gegenüber ist die Stärkung des Einflusses und der Macht der Arbeiterparteien bitter not — oder die durch den Mord an Rathenau geschaffene Lage wird Episode bleiben.

Donnerstag, 20. Juli, abends 7 Uhr

Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee 247:

Funktionärkonferenz

aller USP.-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre von Berlin-Brandenburg.

Tagesordnung: Die politische Lage.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Levi.

Ohne Funktionärkarte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Bezirksleitung.

Sonntag, 23. Juli, vormittags 9 Uhr

in Berlin, **Gewerkschaftshaus**, Engelufer, Saal 5:

Sitzung des Provinz-Ausschusses für die Provinz Brandenburg

Tagesordnung: Die politische Lage.

Referent: Genosse Krille.

Zum Erscheinen verpflichtet sind alle Mitglieder des Provinz-Ausschusses, die Abgeordneten und Sekretäre der Provinz.

Die Bezirksleitung der USP. Berlin-Brandenburg.

Die Parteipresse zu der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft

„Bremer Arbeiter-Zeitung“: „Dieser Beschluß ist **eine Tat** von großer Auswirkung, den die Gesamtarbeiterschaft **nur begrüßen kann.** Das Verbrecherisch-Böse des Rathenau-Mordes wirkt sich dialektisch in das Gute der Einigung der Arbeiterschaft aus. Das gemeinsame Auftreten der Riesenfraktion der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, der größten sozialdemokratischen Fraktion, die auf der Welt existiert, wird von ungeheurem Eindruck sein. Jetzt können auch Reichstagsneuwahlen mit der größten Zuversicht entgegengesehen werden. Die Arbeitsgemeinschaft wird mit gemeinsamen Kandidaten auftreten und endlich auch all die Indifferenten mitreißen, **denen die Zersplitterung die Wahl verekelt hatte.** Es muß auf diesem Wege fortgeschritten werden, damit die Einigung des Proletariats, dieser Schrecken des Bürgertums, endlich verwirklicht werde. Erst dann beginnt von neuem der Aufstieg der Arbeiterklasse.“

„Ostthüringer Tribüne“: „Dieser Entschluß der beiden sozialistischen Fraktionen zeigt, wie ernst die politische Situation aufgefaßt werden muß. Trotz aller tiefgehenden Meinungsunterschiede, trotz aller durch die heftigen Bruderkämpfe herbeigeführten persönlichen Entfremdung haben sich die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien entschlossen, ein Maximum an Einigkeit zu ermöglichen. Die organisatorische Selbständigkeit beider Parteien wird durch diese Vereinbarung nicht beeinträchtigt; aber es wird durch sie ein Zustand geschaffen, der beide Richtungen zwingt, den Meinungsaustausch in sachlicher Weise zu führen. Wird dadurch eine weitere Verständigung und gegenseitige Annäherung erleichtert, **dann wird der von allen aufrichtigen Sozialisten heiß ersehnten Verständigung des Proletariats der Weg geebnet.**“

„Tribüne“-Mannheim: „Das Zusammenfinden der beiden Reichstagsfraktionen wird ohne weiteres die Zustimmung unserer Genossen finden. Noch erfreulicher wäre es freilich, wenn eine Arbeitsgemeinschaft aller drei Parteien hätte gebildet werden können.

Unter fremden Menschen

Von **Maxim Gorki.**

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanischer Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(112. Fortsetzung.)

„Soll ich weinen? Mit Tränen löscht man keine Feuersbrunst, und 'ne Ueberschwemmung wird davon nur vermehrt...“

Ich weiß, daß dieser ehrwürdige Alte der verständigste Mensch ist, dem ich je begegnet bin — wem jedoch sein Lieben gilt und sein Hassen, kann ich nicht ergründen. Ich sinne schweigend darüber nach, er aber fährt fort, die Flamme in meiner Seele durch seine trockenen Bemerkungen zu nähren:

„Achte mal darauf, wie wenig Menschen eigene und fremde Kraft schonen! Wie quetscht dich zum Beispiel dein Brotgeber aus! Und der Branntwein — wie teuer kommt der die Menschen zu stehen! Nicht auszurechnen ist das, wenn einer noch so gelehrt ist. Brennt ein Haus ab, so kann man ein neues bauen, geht aber ein tüchtiger Mensch um nichts und wieder nichts zugrunde, so ist das nicht gutzumachen. Ardalion zum Beispiel, oder Grigorij, der jetzt aus Rand und Band ist... ein so braver Bauer, und hat sich ganz von Weibern unterkriegen lassen!“

Ich frage ihn gleichgültig, nur so aus Neugier:

„Warum erzählst du dem Prinzipal, was ich hier manchmal rede?“

In aller Ruhe und ganz freundschaftlich erklärt er mir:

„Damit er weiß, was für schädliche Gedanken du hast. Er soll dich eines Besseren belehren — wer soll's denn tun, wenn nicht dein Brotgeber? Ich sag's doch nicht in böser Absicht, sondern aus Mitleid mit dir. Bist ein ganz gescheiter Junge, aber der Teufel verwirrt dir den Kopf. Stiehl meinetwegen — ich sage nichts; geh' zu den Mädeln, trink' Schnaps — über alles das schweig' ich. Aber wenn du wieder lecke Dinge redest, sag' ich's deinem Herrn, das merk' dir!“

„Dazu red' ich lieber gar nicht mehr mit dir!“

Er kratzte sich schweigend mit dem Fingernagel einen Teerfleck von der Handfläche und sagte mild:

„Sprich nicht — du wirst es doch tun! Mit wem solltest du denn reden? 's ist ja keiner sonst da...“

Der saubere, akkurate Ossip erinnerte mich an all die alten Männer, die ich kennengelernt hatte — an den Heizer Jakow, den Großvater, den Vorleser Peter Wassilitsch. Sie alle hatten ein starkes Interesse in mir erregt, doch hatte ich das Gefühl, als sei es nicht leicht und angenehm, mit ihnen zusammen zu leben. Es ist, als ob sie einem die Seele aus dem Leibe fräßen; ihre Reden, die gewiß sehr verständig sind, legen sich wie brauner Rost aufs Herz. Ist Ossip gut? Nein. Ist er böse? Auch nicht. Er ist klug — soviel ist mir klar. Aber während ich die Regsamkeit seines Geistes bewundere, zehrt dieser Geist an mir, und ich habe die Empfindung, daß er, alles in alle mgenommen, mir feind ist. Schwarze Gedanken tauchten in meiner Seele auf.

Alle Menschen, scheint mir, sind, trotz ihrer freundlichen Worte und ihres Lächelns, einander fremd. Als Fremde wandeln sie auch über die Erde hin, niemand ist mit ihr durch ein starkes Gefühl der Liebe verbunden. Die Großmutter ist die einzige, die das Leben und überhaupt alles Seiende mit Liebe umfaßt. Die Großmutter und die herrliche Königin Margot...

Solche und ähnliche Gedanken zogen sich zuweilen zu einer dunklen Wolke zusammen, und das Leben, das ich führte, erschien mir düster und beklemmend. Wie aber sollte ich anders leben? Wohin sollte ich gehen? Ich hatte niemanden, mit dem ich mich aussprechen konnte, außer Ossip, und so redete ich denn, trotz allem, auch weiterhin mit ihm.

Er hörte mein leidenschaftliches Gestammel mit sichtlichem Interesse an, stellte Fragen, suchte mir auf den Zahn zu fühlen und meinte ruhig:

„Hartnäckig wie ein Specht bist du — aber Spechte sind nicht gefährlich, niemand fürchtet sich vor ihnen. Ich will dir einen guten Rat geben: Geh' ins Kloster und bleib' dort, bis du herangewachsen bist! Wirst die Pilger durch kluge Reden erfreuen, wirst dabei ruhig werden und den Mönchen zu guten Einnahmen verhelfen. Ich rate dir aufrichtig dazu. Zu weltlichen Dingen scheinst du nicht sehr geeignet...“

Ins Kloster mochte ich jedoch nicht gehen, obschon ich klar fühlte, daß ich in die Irre ging und mich im Zauberbann des Unbegreiflichen befand. Es war mir bang ums Herz. Das Leben erschien mir wie der Wald im Herbst: die Pilze wachsen schon, zu tun gibt's nichts mehr darin, und man glaubt, ihn durch und durch zu kennen...

Ich trank keinen Branntwein und gab mich nicht mit den Mädchen ab — für diese beiden Betäubungsmittel fand ich einen Ersatz in den Büchern. Aber je mehr ich las, desto schwerer wurde es mir, so öde und zwecklos dahinzuleben, wie es nach meiner Meinung die Menschen taten.

Ich hatte eben erst mein fünfzehntes Jahr vollendet, kam mir jedoch zuweilen wie ein alter Mann vor; ich war gleichsam innerlich gedunsen und schwer geworden von alledem, was ich durchlebt, gelesen und voll Unruhe durchdacht hatte. Wenn ich in mich selbst hineinschaute, erschien mir das Behältnis, in dem die von mir empfangenen Eindrücke sich niedergeschlagen hatten, wie eine dunkle Rumpelkammer, in der aller mögliche Krimskrams eng und bunt durcheinander aufgehäuft war. Ich besaß weder Kraft noch Können, mich in dem Wirrwarr zurechtzufinden. Nichts stand da fest, alles schwankte durcheinander und verursachte mir Schwindel.

Alles, was Unglück, Krankheit, Jammer und Elend hieß, stieß mich unwillkürlich ab. Alles Grausige, der Anblick von Blut, Schlägereien und Schimpfereien rief in mir einen physischen Widerwillen hervor, der sich leicht zu einer Art kalter Wut steigerte. Ich konnte in solchen Anfällen wild um mich schlagen und beißen wie ein Tier. War der Anfall vorüber, so überkam mich ein schmerzhaftes, bitteres Schamgefühl.

Jetzt noch erinnere ich mich mit Pein und Scham solcher Ausbrüche, bei denen ich mich in förmlicher Raserei auf die Urheber der Grausamkeiten und Roheiten stürzte und blind auf sie losschlug.

(Fortsetzung folgt.)

Doch daran ist bei der Politik und Taktik der Kommunisten vorläufig nicht zu denken. Das dürfte erst dann einmal möglich werden, wenn die deutschen Kommunisten nicht mehr an der Moskauer Schnur hängen ....

Uebrigens hat die Arbeitsgemeinschaft, die jetzt im Reichstage geschaffen worden ist, ihre Vorläufer. Nicht nur in Gemeinden sind wiederholte gemeinsame Fraktionsberatungen gepflogen worden, sondern besonders in den Einzelstaaten, wie Sachsen und Thüringen, wo eine sozialistische Regierung besteht, hat man die Arbeitsgemeinschaft errichtet. **Und das war sicherlich vorteilhaft.**

Keiner besonderen Betonung bedarf es, daß durch diese Arbeitsgemeinschaft die Selbständigkeit der Parteien selbstredend nicht angetastet wird. Das kann auch gar nicht anders sein, denn vorerst gilt es, erst einmal zu versuchen, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen gemeinsam zu lösen und auch im gemeinsamen parlamentarischen Kampfe zu verteidigen. Dabei wird sich herausstellen, ob sich die Reichspolitik tragen läßt von einer solchen Arbeitsgemeinschaft. **Gelingt das, indem man dabei auf dem Boden des Klassenkampfes stehen bleibt, dann mag ausgesprochen sein, daß man der Einigung des Proletariats einen großen Dienst erwiesen hat.**"

„Volkstribüne"-Elberfeld: „Es ist die geschichtliche Aufgabe der USPD., Wegbahnerin der Sammlung der sozialistischen Kräfte zu sein. Die nun zustande gekommene Arbeitsgemeinschaft **ist der erste Schritt auf dem schwierigen Wege der organisatorischen Wiedervereinigung** der jetzt so zerrissenen Arbeiterschaft. Ein ehrliches, kameradschaftliches Sichnähern auf diesem Wege, aus gemeinsamem Kampfeswillen die gemeinsame Taktik erwachsen lassen und dann vor allen Sozialdemokraten die brennendste Frage der Gegenwart aufwerfen: **Soll wieder die alte sozialdemokratische Massenpartei des rücksichtslosen Klassenkampfes entstehen? Dann, ja dann wird sicherlich ein millionenfaches freudiges „Ja" der Arbeiterklasse antworten.**"

„Volkszeitung"-Düsseldorf: Im Reichstag ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege des Zusammenschlusses der sozialistischen Kräfte geschehen. Die Reichstagsfraktionen der SPD. und USP. haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Wir wollen heute zu diesem Schritt kurz folgendes sagen:

„So sehr wir die Annäherung der sozialistischen Parteien begrüßen und ein gemeinsames Arbeiten besonders in der jetzigen Zeit für notwendig halten, so müssen wir doch daran festhalten, **daß eine dauernde Einigung des Proletariats nur auf dem Boden eines gemeinsamen, grundsätzlich sozialistischen Kampfbodens und Kampfprogramms möglich ist.** Dieses ist aber noch nicht vorhanden. Sind wir auf dem Wege zu diesem Ziel, dann freut uns das sehr. Diesen Weg werden wir aber erst eine Strecke weit ausprobieren müssen, ehe von organisatorischer Verschmelzung sozialistischer Parteien geredet werden kann. Deshalb halten wir Betrachtungen in diesem Sinn, wie sie hier und da angestellt werden, für verfrüht."

„Der Kämpfer"-Stettin: „Dazu müssen wir erklären, daß eine praktische Auswirkung der Arbeitsgemeinschaft erst dann in Frage kommen kann, wenn in beiden Fraktionen eine einheitliche Auffassung über die Stellungnahme zur Regierungsfrage herrscht. Solange die SPD. in der jetzigen Regierungskoalition verbleibt, wird wohl von einer Einheit im Verhandeln und Handeln nicht gesprochen werden können."

„Tribüne"-Erfurt: „Der Beschluß der beiden Reichstagsfraktionen ist eine notwendige Konsequenz der Haltung der Mehrheit unserer Reichskonferenz zur Frage des Regierungseintritts. Hoffentlich führt die jetzt beschlossene Zusammenarbeit dazu, daß die SPD. sich bei ihrer Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen in erster Linie von den Interessen des Proletariats leiten läßt und dadurch von den bürgerlichen Parteien merklich abrückt. Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß die SPD. endlich zu der Einsicht kommt, daß sie ihre Politik in Gemeinschaft mit den proletarischen Parteien treiben muß. Die Praxis wird es zeigen, ob dieser Wille jetzt tatsächlich ernstlich vorhanden ist; denn davon hängt nicht nur ein Zusammengehen der Fraktionen ab, sondern die Einigung des deutschen Proletariats überhaupt."

„Unabhängige Volkszeitung"-Dresden: „Dieser Beschluß auf Gründung der Arbeitsgemeinschaft war wohl zu erwarten, nachdem eine Einigung der beiden Fraktionen auf eine gemeinsame Politik zum Schutze der Republik vorhergegangen war. Das alles muß letzten Endes **als eine Auswirkung der Tatsache betrachtet werden, daß die proletarischen Volksmassen zweimal in vollster Einmütigkeit für gemeinsame Forderungen demonstriert und geopfert haben.** Solch gemeinsames Zusammenstehen in höchster Not ist doch nichts anderes als die Sprache der Massen, **die endlich auch einmal an der Spitze zu einer einheitlichen Zusammenfassung des Willens und der Kraft führen muß.** Deshalb ist die Arbeitsgemeinschaft zu begrüßen. Es muß erwartet werden, daß nun auch in der Tat eine Verständigung über die weiteren praktischen Schritte in der Politik erfolgt und daß dadurch Abschweifungen nach rechts, die bisher so oft ein Zusammenwirken störten, vermieden werden. **Die Feuerprobe hat die Arbeitsgemeinschaft jetzt bei der Umbildung der Regierung zu bestehen.** Gelingt es, diese Frage in einmütiger Zusammenarbeit zur beiderseitigen Zustimmung zu entwickeln und zu lösen, **so ist damit eine feste Grundlage für eine Politik mit weiter Sicht gewonnen.** Dann ist der Block der Einheitsfront geschmiedet und die Massen werden ihn stark machen. Etwa dann noch quertreibende Elemente werden durch diese Entwicklung zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden.

„Freiheit"-Braunschweig: „Dieser Entschluß der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen ist politisch und historisch von größter Tragweite. Die Fraktionen, die jetzt zusammen 180 Mitglieder zählen, bedeuten natürlich gegenüber der Reaktion einen stärkeren Faktor als zuvor. Das dürfte sich schon in diesen Tagen politisch zugunsten der Arbeiterklasse und des Schutzes der Republik auswirken. Von allen, die wir beseelt sind, das Maximum der Einheit proletarischer Aktionen zu erreichen, wird der obige bedeutsame Beschluß begrüßt werden. Haben zwar schon in den letzten Wochen die beiden Reichstagsfraktionen ein enges Zusammenarbeiten gepflegt, so wird das künftig sich noch deutlicher und planvoller zeigen, und es wird und muß sich übertragen auf die Arbeit aller Sozialisten im Reich und in den Einzelrepubliken."

„Volksstimme"-Schmalkalden: „Der Beschluß ist von größter Bedeutung, sowohl für die gegenwärtige politische Situation, als auch für die fernere politische Kampfgemeinschaft des ganzen sozialistischen Proletariats. Wir begrüßen diesen Beschluß auf das lebhafteste. Er bedeutet eine Tat von ungeheurer Tragweite für die künftige Entwicklung Deutschlands und der gesamten Arbeiterklasse. Weitere Schritte zur Herbeiführung der Einheitsfront müssen folgen, die Massen werden sich dann schon für die richtige Taktik entscheiden, die der Kampf gegen den Feind rechts verlangt. Jetzt ist es die Aufgabe der links von uns stehenden Genossen, auch ihrerseits alles zu tun, um die Geschlossenheit der sozialistischen Bewegung Tatsache werden zu lassen. Wir strecken die Bruderhand auch dorthin aus und sind uns bewußt, daß je größer die Armee, um so sicherer der Sieg ist."

„Das freie Wort"-Zittau: „Wir sind uns klar darüber, daß weite Kreise unserer Genossen diesen Schritt vorläufig nicht zu verstehen vermögen. Aber die „Freiheit" schrieb in den Tagen des Mathenanmordes mit Recht, daß eine große Zeit ein großes Geschlecht erfordere. Bisher haben mit Recht oder Unrecht die Arbeiter ihren Führern den Vorwurf gemacht, daß sie es gewesen seien, die bisher den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen den Willen der Arbeitenden selbst verhindert haben. Jetzt haben die führenden Häupter der beiden Parteien die Initiative ergriffen und haben einen Beschluß gefaßt, der in seinen Auswirkungen von weittragender Bedeutung sein wird. Die Führer im Reichstag haben gezeigt, daß sie gewillt sind, in großer Zeit großzügig zu handeln. Hoffen wir, daß die Führer in der Arbeiterklasse, in den Betrieben, in den Bureaustuben, auf den Bauplätzen, kein kleines Geschlecht vorfinden werden."

Die Stellung der Organisationen

Bezirksparteitag in Frankfurt a. M.

Der Bezirksparteitag der USP. Südwestdeutschlands, der am Sonntag in Frankfurt a. M. tagte, nahm nach Referat und Korreferat mit 26 gegen 22 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Bezirkskonferenz hält fest an dem im Manifest des letzten Parteitages der USP. erneut zum Ausdruck gebrachten Beschluß, daß der proletarische Klassenkampf geführt werden muß frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien und nur eine solche Politik den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats ermöglicht. Die Bezirkskonferenz spricht der Reichskonferenz das Recht ab, Entscheidungen zu treffen, die im Widerspruch stehen mit den Beschlüssen des Parteitages. Sie bedauert die getroffene Entscheidung und insbesondere die Ablehnung des Antrages, zum Eintritt in die Regierung neben den Maßnahmen zum Schutze der Republik die sozialistischen Forderungen des Leipziger Manifestes, die zehn Forderungen des ADGB. und der AfA, die Zurückziehung der Zwangsschlichtungsordnung und des den Achtstundentag durchbrechenden Arbeitszeitgesetzes als Minimalprogramm aufzustellen.

Erkennend, daß der Mehrheitsbeschluß der Reichskonferenz der USP. und der Beschluß der Reichstagsfraktion, eine Arbeitsgemeinschaft mit der SPD. zu bilden, in seiner Konsequenz in kürzester Frist zu einem Aufgehen in der SPD. führt, fordert die Bezirkskonferenz der USP. des Bezirkes Südwestdeutschland die Parteigenossen im Bezirk wie im Lande auf, getreu unseren Parteitagsbeschlüssen und getragen von den im Weltkrieg wie in den Jahren nach der Revolution gemachten Erfahrungen festzuhalten an den in den schwersten Kampfjahren der Vergangenheit erprobten Grundsätzen. Diesen revolutionären sozialistischen Grundsätzen überzeugenden Ausdruck zu verleihen im Kampfe gegen die Klassengegner nicht zu erlahmen und in unermüdlicher Arbeit dahin zu streben, eine Einigung aller Arbeiterparteien, einschließlich der KPD., auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes herbeizuführen."

Freie Bahn und Klarheit

Die sozialdemokratische „Volksstimme" in Frankfurt a. M. schreibt zur Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen, daß „freie Bahn und Klarheit geschaffen sei" gegenüber den bürgerlichen Parteien, und fährt fort:

„Wir begrüßen diesen Beschluß insofern mit Freude, als er die beinahe schon wieder verlorengegangene Hoffnung neu entfacht, daß nun endlich geschehen wird, was die Massen unserer Genossen von der Reichstagsfraktion und vom Parteivorstand verlangen. Aber es handelt sich eben auch nur um eine Hoffnung — nicht mehr! Jede Stunde ist verloren, in der nicht klipp und klar erklärt wird: Keine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung ohne USP.! Keine Beteiligung der Sozialisten an der Reichsregierung ohne restlose Säuberung der Reichswehr von Monarchisten und ohne Erfassung der Sachwerte! Einigung der Sozialdemokratie auf dem Boden freier Meinungsäußerung und einheitlichen Handelns! . . .

Die „Arbeitsgemeinschaft" besteht lediglich in gemeinsamen Beratungen zu dem Zweck, ein einheitliches Vorgehen zu versuchen. Die Fraktionen bleiben getrennt und jede Fraktion beschließt gesondert, wie ihre Mitglieder abzustimmen haben. Immerhin ein Anfang — aber doch eben ein Anfang nur! Und jetzt ist es höchste Zeit, das solange schon verzögerte Werk der Abkehr von einer kompromittierenden Form der Koalitionspolitik nicht zu beginnen, sondern eilig zu beenden . . . . ."

Polizeibeamtentag und Republik

Auf dem vierten Verbandstag des Reichsverbandes der Polizeibeamten wurde außer den gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Republik die sofortige, gründliche Demokratisierung der Verwaltung verlangt, insbesondere bei allen Zentral- und nachgeordneten Dienststellen der Polizei. Dazu gehört in erster Linie die Entfernung aller republikanisch nicht zuverlässigen Beamten. Auch dieser Beschluß bekräftigt, daß die Polizeibeamten durchaus gewillt sind, ihre Pflicht im Sinne der Republik zu erfüllen, zugleich aber auch die Tatsache, daß es innerhalb der Polizeiverwaltung noch viel zu reinigen gibt.

Berichtigung.

Wir erhalten folgende Berichtigung:

Ich habe nicht gesagt, daß in Berlin man das Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien „nicht habe kennen wollen", sondern, daß man dieses Ultimatum, von dessen Inhalt man im voraus in London, Paris und Petersburg ebensoviel wußte wie in Berlin, nicht habe kennen lernen wollen, um für eine spätere Vermittlung zwischen Rußland und Oesterreich freiere Hand zu haben.

Max Graf Montgelas.

Von der Halbbildung zur Volksbildung

Von Dr. Theodor Geiger

Wenn es richtig ist, daß die Schule dem Leben zu dienen hat, so bedarf das demokratische Staatswesen, welches den Ehrgeiz hat, wirklich ein solches zu sein, anderer Schuleinrichtungen, als der Obrigkeitsstaat. In diesem kommt es nur darauf an, die Angehörigen einer bevorzugten Klasse zu der Fähigkeit heranzubilden, andere zu beherrschen, während im Hinblick auf die Bildung der Beherrschten nur das eine Interesse besteht: daß sie beruflich tüchtig und willig seien, ihre Tüchtigkeit in den Dienst der sie beherrschenden Schicht zu stellen. Bildung im eigentlich kulturellen Sinne ist ein Luxus, den die Oberschicht sich leisten kann, der sich aber bei den Unterschichten nur unter Gefahr der Auflehnung gegen das Klassenjoch verbreiten könnte.

Anders der wahrhaft demokratische Staat; er bedarf einer Bevölkerung, in der jedes einzelne Individuum seinen Kräften und Anlagen gemäß sich als mitverantwortlich für das Ganze fühlt und am Gedeihen des Ganzen aktiv mitarbeitet; nicht nur als wirtschaftliche Zelle in den engen Grenzen des Berufs, sondern darüber hinaus als politisch denkendes und handelndes Glied der Gesamtheit. Darum braucht der demokratische Staat mit zwingender Notwendigkeit neben den Berufs- und Fachschulen eine Hochschule, deren Aufgabe es ist, alle bildungsfähigen und nach Kultur strebenden Elemente aller Schichten unmittelbar an die Kulturwerte heranzuführen, welche die Grundlage unseres Kulturlebens bilden. Diese sozialpädagogische Funktion kommt der modernen Volkshochschule zu.

Als die für sie gegebene Form der Lehre betrachtet die Volkshochschule folgerichtig die Arbeitsgemeinschaft, die ihrerseits ihrem tiefsten Wesen nach eine demokratische Methode ist. Durch allzu vielen Gebrauch und Mißbrauch hat das Wort „Arbeitsgemeinschaft" in letzter Zeit allerdings einiges von seinem guten Klang eingebüßt; das kann aber nicht den Wert dessen mindern, was sich mit Recht „Arbeitsgemeinschaft" nennt.

Sie stellt nicht Schülern einen Lehrer gegenüber, sondern vereinigt strebende Menschen unter einen Führer. Sie will nicht programmäßig ein bestimmtes Maß von Kenntnissen und Wissen vermitteln, sondern sie versucht Menschen zu ernstem und selbständigem Denken in allen Zweigen der Wissenschaften und Künste anzuregen, anzuleiten. Dabei tritt naturgemäß das Stoffliche in den Hintergrund, während der geistige Kern, das kulturell Wesentliche im Vordergrunde steht: die Problematik und der Kampf mit ihr. Beobachtete Tatsachen werden untersucht, analysiert, gedeutet, gewertet; jeder hat etwas zur Lösung der Fragen beizutragen, und der beste Führer ist derjenige, welcher selbst am wenigsten zu erläutern und zu lehren nötig hat; er versteht es am besten, den denkenden Laien zu eigenen Erkenntnissen zu führen und ihn zur Formulierung dieser Erkenntnisse anzuleiten.

Noch sind es nur wenige Menschen, die befähigt sind, einer solchen Arbeitsgemeinschaft tüchtige Führer zu sein; begreiflicherweise, da die lebende Generation von Pädagogen kaum irgendwie auf solche Aufgaben vorbereitet wurde und jeder darum aus Eigenem zu schöpfen, mühsam Erfahrungen zu sammeln hat, um allmählich den ihm hier gestellten Aufgaben sich gewachsen zu zeigen. Auch fragt es sich, ob überhaupt — abgesehen von einem hohen Maß demokratischen Gemeinschaftsgefühls und sozialer Verantwortlichkeit — einem Pädagogen Wesentliches an Ausbildung für diese Art der Lehrtätigkeit vermittelt werden kann. Denn es ist keine bestimmte, in ein Schema zu fassende, als Rezept zu formulierende Methode, welche der Arbeitsgemeinschaft zugrunde liegt. Ihr Wesen besteht ja gerade darin, daß sie nicht die Individualitäten der Schüler im Stofflichen des Unterrichts auf eine uniforme Einheit, ein unpersönliches Gleichmaß (oder Mittelmaß) vereinigt, sondern darin, daß sie die Individualität völlig unangetastet läßt, ja zu noch deutlicherer Prägung hinanführt, indem sie neue Erkenntniswerte dem persönlichen Stempel unterwirft. Die Methode ist demnach nur zu einem Teil bestimmter durch den Lehrstoff, in noch größerem Maße aber durch die Individualität der Hörerschaft. Alles Schema würde hier vernichtend wirken. Einzige allgemein setzbare Norm für diese Art der Lehre ist: Einstellung auf Problematik und Forschung.

Dazu bedürfen wir allerdings einer Auslese von Lehrern, die nicht durch irgendein Examen getroffen werden kann, das ja stets nur bestimmte Kenntnisse als vorhanden festzustellen geeignet wäre. Für diese Auslese müssen andere Gesichtspunkte maßgebend sein: wer Laien in Geist und Wesen wissenschaftlicher Forschung und Problematik einführen will, muß auf dem Gebiet seines Faches selbst irgendwie Forscher sein. Das heißt nicht, daß er ein Entdecker neuer großer Ergebnisse sein muß, wohl aber, daß er selbst in seine Wissenschaft tiefer eingedrungen ist, als durch das Erlernen ihrer Ergebnisse; diese muß er wohl beherrschen, darüber hinaus aber selbständiger Geist genug sein, um im Felde der sachlichen Forschung seinen eigenen Standpunkt einzunehmen und sachliche Erkenntnisse in ihren großen philosophischen Zusammenhängen zu begreifen.

Diese wissenschaftliche Forderung ist aber nur die eine notwendige Voraussetzung der Lehrbefähigung. Unter denen, welche sie erfüllen, haben wir erst die eigentliche Auswahl der geeigneten Volkshochschullehrer zu treffen; und zwar nach dem Maßstabe ihrer pädagogischen Eignung, ihrer Fähigkeit, den Kontakt mit dem Publikum der Volkshochschule zu finden, der allein es ihnen ermöglicht, bei Laien jene unbedingt notwendige Einstellung auf die Problematik und die weltanschaulichen Zusammenhänge der fachwissenschaftlichen Gedankenkomplexe zu wecken. Es wäre oberflächlich, zu glauben, man könne in dieser Art nicht mit Laien und nicht ohne einen großen wissenschaftlichen Tatsachenapparat arbeiten. Gehen wir, wie hier, vor allem in die Tiefe statt in die Breite, so kann ohne Zweifel durch einen geistig hochstehenden Lehrer die wissenschaftliche Fragestellung und der Forschergeist auch unter Verzicht auf ausgedehnte Detailkenntnisse an einer verhältnismäßig kleinen Zahl zunächst einfacher Probleme enthüllt werden, wenn diese nur mit äußerster Sorgfalt bis ins Letzte gemeinsamer Klärung unterworfen werden. Diese Arbeitsweise ist gerade das Gegenteil der zur Halbbildung führenden Populärwissenschaft und wird darum auch nie den Dünkel der Halbbildung züchten, sondern Achtung vor ernster verantwortungsvoller Geistes- und Forscherarbeit wecken.

Es kann der Wert einer auf diese hohen Kulturziele eingestellten Einrichtung, wie es z. B. in Berlin die Volkshochschule Groß-Berlin ist, nicht geschmälert werden durch den Hinweis, daß andere Einrichtungen mit anderen Zielen mehr Zuspruch finden. Wenn wir die Aufgabe als in unsere Staats- und Lebensform gestellt, ihre Lösung als unumgänglich erachten, so spielt die Zahl der Volksgenossen keine entscheidende Rolle, die diese Aufgabe für ihre Person heute anerkennen und nach Hilfe zu ihrer Erfüllung suchen. Bald wird ihre Zahl wachsen.

Ebensowenig kann es für die Beurteilung solcher Bestrebungen entscheidend sein, ob der Beurteiler die demokratische Staatsform verficht oder ablehnt. Das einzig stichhaltige Argument gegen die Demokratie ist die Behauptung, die Menschen seien nicht für sie reif. Da wir die demokratische Staatsform aber haben, so kann auch ihr Gegner — wenn er nämlich ehrlich ist — jede Einrichtung nur begrüßen und unterstützen, welche geeignet ist, der demokratischen Idee brauchbare Gefäße, verantwortliche Träger heranzubilden. Wer sich ernsthaften und aussichtsreichen Bestrebungen dieser Art wegen ihres demokratischen Geistes widersetzt, begeht eine bewußte Unehrlichkeit, handelt bewußt zum Schaden nicht nur der demokratischen Verfassung, sondern — seines nun einmal demokratisch verfaßten Volkes überhaupt.

Groß-Berlin

Das Risiko der Mieter

Das neue Mietrecht hat für die Mieter, was noch zu wenig erkannt wird, neben der neuen Rechtsfrage auch eine vollständig veränderte Vermögenslage geschaffen. Früher war das Risiko des Mieters ungeachtet des Kündigungs- und Mietesteigerungsrechtes des Hauswirtes ziemlich gering. Der Mieter hatte lediglich die Miete pünktlich zu zahlen, die Hausordnung zu wahren und sich von Wohnungsbeschädigungen, die über den Abnützungsbegriff hinausgingen, fernzuhalten. Wollte der Hauswirt notwendige Reparaturen auf seine Kosten nicht vornehmen lassen, so nahm der Mieter lieber die Umzugskosten mit in den Kauf und brauchte um die Wahl einer ihm zusagenden anderen Wohnung nicht besorgt zu sein. Heute ist der Mieter zur Seßhaftigkeit gezwungen und zum „Mitverwalter" des Hauses avanciert. Das heißt, seine Mitverwaltung besteht, wenn man die Sache bei Lichte besieht, im gesetzlichen Zwang zum Zahlen und nochmals Zahlen. Wären die Hauswirte jemals zufrieden, so müßten sie mit dieser Neuregelung eigentlich ganz außerordentlich zufrieden sein. Die alte Herr-im-Hause-Stellung des Hauswirtes ist zwar unterbunden, hoffentlich noch auf recht lange Zeit hinaus, ohne daß deshalb der Hauswirt, wie er es agitatorisch so gern behauptet, zum „Hausknecht der Mieter" degradiert wurde. Was das Reichsmietengesetz in seinem besten Kern will, ist eine vermögensrechtliche Arbeitsgemeinschaft zwischen Mieter und Hausbesitzer, der ja schon immer in den meisten Fällen nur selbständiger Verwalter von Bankkapital war. Durch diese gesetzlich, allerdings zunächst nur für vier Jahre, verankerte Arbeitsgemeinschaft sind dem Hauswirt seine gesamten früheren Sorgen um die Erhaltung des Hauses einfach abgenommen und bis zu einem hohen Grade der Mitverwaltung, also des Mitbezahlens, auf die Schultern der Mieter abgewälzt. Kein Hauswirt mehr kann in den nächsten Jahren, wenn er nicht sträflich leichtfertig wirtschaftet, sein Haus verlieren. Die Mieter erhalten ihm diesen Besitz und steigern sogar auf ihre Kosten fortlaufend seinen Wert.

Was folgt aus diesem gewaltig vergrößerten Geldrisiko des Mieters? Jeder Mieter muß, ohne daß ihm ein Stein des Hauses gehört, fortan das eigene Interesse haben, jede Beschädigung des Hauses und überhaupt alle unnötigen Kosten nachdrücklich zu vermeiden. Was eben früher der Hauswirt bezahlte, das muß nunmehr die Gesamtheit der Bewohner jedes Hauses bezahlen. Zwar sind hiervon gewisse Innenreparaturen (Tapeten, Fußböden, Deckenanstrich usw.) im allgemeinen ausgenommen, um nicht dem rücksichtslosen Verschandeln durch Einzelmieter Vorschub zu leisten, aber es bleiben noch übergenug große Kosten, deren möglichste Verringerung jetzt in die Hand der Mieter gelegt ist. Deshalb werden namentlich auch die Kinder sehr energisch anzuhalten sein, alle häuslichen Beschädigungen streng zu unterlassen. Ob die Mieter als Milchkühe alle diese neuen Lasten tragen können, wird sich ja erst zeigen müssen.

Die Steuererträge der Berliner Einheitsgemeinde

Schon bei der Einbringung des letzten Berliner Etats wies der Kämmerer Dr. Karding darauf hin, daß durch die Verschmelzung der verschiedenen Gemeinden eine viel größere Wirtschaftlichkeit des neuen Groß-Berlin erreicht ist und insbesondere die Steuererträge jetzt so verteilt seien, daß gerade für die westlichen Bezirke ein erneutes Ausscheiden vollkommen unwirtschaftlich sein würde. Das Nachrichtenamt des Magistrats verbreitet jetzt eine neue Zusammenstellung, die die Unlösbarkeit der Einheitsgemeinde auf steuerlichem Gebiete sehr deutlich illustriert. Da die bürgerlichen Parteien immer noch dem Traum einer Zerschlagung nachjagen, sind diese Zahlen sehr wertvolles Material.

„Mit dem Uebergang der Einkommensteuerhoheit auf das Reich hatten die den Gemeinden verbliebenen Besteuerungsrechte eine besondere Bedeutung gewonnen, deren Auswirkung freilich bei der steigenden Geldentwertung und den riesigen Aufgaben des Wiederaufbaus der Gemeindewirtschaft nach dem Kriege stark zurückgeblieben ist. Die Bildung der neuen Stadt Berlin hat zu einer Zusammenfassung der den Gemeinden verbliebenen Steuereinnahmen geführt, die nunmehr seit dem Herbst 1920 in der neuen Stadt Berlin aufkommen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet sollten aufkommen in den einzelnen Bezirken an Grund-, Gewerbe- und Betriebssteuer im Jahre 1920 und an Lustbarkeits-, Beherbergungs-, Bier- und Hundesteuer im Jahre 1921 in nachstehender Zusammenstellung erscheinenden Durchschnittsbeträgen:

Bezirk	Grundsteuer M.	Gewerbest. M.	Betriebst. M.	Lustbarkeitst. M.	Beherbergungssteuer M.	Biersteuer M.	Hundesteuer M.
I–VI	25,5	47,3	0,16	18,9	6,9	0,51	5,5
VII	30,0	13,7	0,09	35,6	2,9	0,12	5,4
VIII	21,9	5,6	—	15,4	0,05	—	5,7
IX	44,4	5,6	0,05	14,7	0,44	—	7,3
X	70,1	2,9	0,08	9,2	1,67	—	12,9
XI	25,6	9,7	0,07	12,0	0,5	0,27	5,8
XII	26,5	2,8	0,06	4,8	0,04	0,05	6,5
XIII	37,7	13,8	0,07	9,8	—	—	7,0
XIV	18,6	8,1	0,11	8,6	0,02	0,57	5,2
XV	31,9	29,3	0,07	9,9	—	—	6,3
XVI	25,7	7,0	0,13	10,2	0,16	1,80	10,1
XVII	22,3	8,8	0,07	11,1	—	—	6,4
XVIII	26,0	14,0	0,08	4,6	—	2,5	9,4
XIX	25,4	9,9	0,06	6,3	—	0,92	7,0
XX	28,6	10,3	0,08	4,8	0,02	—	8,7

Die Uebersicht ergibt, wie ungeheuer verschieden die Gemeindesteuern in den einzelnen Bezirken auf den Kopf der Bevölkerung wirken. Hieraus folgt mit voller Schärfe, welche Ungerechtigkeit es mit sich brächte, auch nur einzelne dieser Steuern etwa, wie es schon angeregt worden ist, den Bezirken zur selbständigen Veranlagung und Einziehung für ihren eigenen Bedarf zu überweisen.

Die Belastung für den einzelnen Kopf schwankt: bei der Grundsteuer zwischen 18 M. in Neukölln und 70 M. in Zehlendorf, bei der Gewerbesteuer zwischen 3 M. in Steglitz und 47 M. in Alt-Berlin, für die Hundesteuer zwischen 52 M. in Neukölln und 13 M. in Zehlendorf, für die Lustbarkeitssteuer zwischen 4,50 M. in Weißensee und 35 M. in Charlottenburg, die Beherbergungssteuer zwischen 2 Pfg. in Neukölln und 7 M. in Alt-Berlin, die Biersteuer zwischen 5 Pfg. in Steglitz und 1,80 M. in Cöpenick, Betriebssteuer zwischen 6 Pf. in Steglitz und 16 Pfg. in Alt-Berlin.

Diese Unterschiede beweisen, daß entweder bei gleichen Steuersätzen die einzelnen Bezirke außerordentlich verschiedene Beträge gewinnen würden oder bei verschiedenen Steuersätzen zwar die Erträge dem Bedarf angepaßt, dafür aber, die Belastung der Einwohner bezirksweise außerordentlich verschieden gestaltet werden müßte. Die verschiedene Lagerung der einzelnen steuerpflichtigen Objekte in den 20 Bezirken besteht selbständig auch in der neuen Stadt Berlin weiter. Die in den Bezirken aufkommenden Einzelerträge können jedoch nicht den Bezirken überlassen werden, weil die Stadt Berlin heute ein einheitliches wirtschaftliches Gebilde ist, das nicht an der einen Stelle notleidende und an der anderen Stelle überernährte Glieder aufweisen darf, wenn nicht die Gesundheit des gesamten Gebildes aus dem Gleichgewicht geraten soll. Vielmehr müssen alle steuerlichen Ergebnisse, wenn sie auch örtlich verschieden sind, im Zentralhaushalt zusammengefaßt werden, um von da aus ausgleichend und, wo es sein muß, auch heilend zu wirken."

Der Feind

der werktätigen Volksmassen

steht

im Lager der kapitalistischen Millionenpresse

rechts

Lest nur die Arbeiterpresse

verbreitet die

Freiheit

Milchpreiserhöhung auf 12 Mk. für Kartenmilch und 15 Mk. für freie Milch

Dieser ungeheuerliche Preis wird von den Interessenten durch Erhöhung der Verdienstspanne berechnet. Begründet wird dieser durch die Steigerung auf allen Gebieten. Ehe der Magistrat dazu Stellung nimmt, werden die Einzelposten genau nachgeprüft werden müssen. Namentlich wird das bei der für meiereimäßige Behandlung in Berlin mit 1,13 M., wie auch für die Fuhrspanne mit 0,80 und die Risikospanne mit 0,80 angegebenen Posten zu geschehen haben. Unglaublich wird es dem Verbraucher erscheinen, daß die Umsatzsteuer auf Milch je nach der Belieferung bis zu sechsmal erhoben werden kann: Erzeuger, Pächter, Einfuhr nach Berlin, Abfuhr vom Bahnhof, Meierei und Kleinhändler zahlen die Steuer. Wenn wir in Betracht ziehen, daß das Reich 200 Millionen für Milchverbilligung bewilligt hat, so erscheint es als ein Schildbürgerstückchen, daß man die durch Zuwendung von verbilligtem Kraftfutter an die Agrarier „verbilligte Milch" durch sechsfache Anrechnung der Umsatzsteuer wesentlich verteuert. Im allgemeinen wird der Milchpreisregelung der jeweilige Butterpreis zugrunde gelegt. 10 Prozent des derzeitigen Butterpreises ergeben den Milchpreis. Butter wird in dieser Woche mit 104 bis 115 M. gehandelt, so würde sich der Milchpreis jetzt auf 11 Mark stellen. Wenn wir bedenken, daß auf dem Lande Milch noch für 4,50 Mark verkauft wird, so muß uns die Erhöhung unglaublich erscheinen. Wehe der Familie, die heute Kleinkinder zu ernähren hat!

Was sagt der Bevölkerungsausschuß dazu?

Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit"

Die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" wurde am Montag weitergeführt. Genosse Koppe und Genossin Lisa Heimann gaben die Berichte für die Revisionskommission. Genossin Heimann besprach und erläuterte besonders die einzelnen Positionen der Bilanz über das verflossene Geschäftsjahr. Genosse Koppe unterbreitete im Auftrage der Kommission der Versammlung durch die Geldentwertung notwendig gewordene Maßnahmen im Interesse des Unternehmens.

An die Berichterstattung schloß sich eine eingehende Diskussion. Die Opferwilligkeit eines Teiles der Genossen fand einerseits gebührende Beachtung, andererseits wurde es kritisiert, daß nicht alle Genossen Mitglieder der Verlagsgenossenschaft seien. Durch die Parteiorganisation soll in dieser Beziehung eine Wandlung angestrebt werden.

Einmütig wurde eine Resolution beschlossen, in der die Genossenschaftler aufgefordert werden, mindestens zehn Anteile zu erwerben. Anfang September soll eine neue Generalversammlung dann zu dem Erfolg dieses Beschlusses Stellung nehmen und über die evtl. weiter zu ergreifenden Maßnahmen beschließen.

Der § 9 des Statuts wurde dahingehend geändert, daß das Eintrittsgeld 5 Mark betragen und eine Verzinsung der Anteile nicht stattfinden soll.

Nach Genehmigung der Bilanz wurden folgende Genossenschaftsmitglieder in den Aufsichtsrat gewählt: Lisa Heimann, Koppe, Richter, Herbst, Gutekunst, Aufhäuser, Goldner, Simonsohn, und Fiedler. Zu Ersatzleuten wurden bestimmt: Hoffmann jun., Hensel, Laukant, Lüdke, Metzner, Gutsardt, Bötzer und Lamprecht.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen wurde alsdann die Versammlung vertagt.

Die Entwicklung des Kraftdroschkenverkehrs

Stadtbaurat Dr.-Ing. Adler hatte die Vertreter der Berliner Kraftdroschkenbesitzer, die Arbeitnehmer und einige Kraftwagen-Sachverständige einberufen, um zu beraten, wie der Droschkenbetrieb in Berlin in Zukunft wirtschaftlicher und für das Publikum angenehmer zu gestalten ist. Die sprunghafte Entwertung der Mark und die hierdurch bedingte außerordentliche Teuerung der von den Valuta-Schwankungen stark abhängigen Betriebsstoffe, wie Benzin, Gummi sowie des Bleis bei den Elektromobilen für die Batterien stellt die Kraftdroschkenbesitzer vor einen schweren Existenzkampf. Es bedarf daher zurzeit der Tariffrage, die einerseits dem Gewerbe die Lebensmöglichkeit erhalten muß, andererseits aber auch dem inländischen Publikum die Benutzung der Kraftdroschken nicht ganz unmöglich macht. Zum gemeinsamen Einkauf von Materialien wurde bereits auf Anregung des Verkehrsamtes eine besondere Einkaufs-Aktiengesellschaft der Kraftdroschkenbesitzer gebildet, die die Beschaffung der erforderlichen Materialien auf direktem Wege und ohne die verteuernden Zuschläge des Kettenhandels ermöglicht. Die zukünftige Entwicklung des Kraftdroschkengewerbes verlangt, leichte, aber solide Wagen zu verwenden und namentlich das Elektromobil, welches als Stromverbraucher nur auf Kohle, also ein Inlandserzeugnis, angewiesen ist, technisch weiter auszubilden und den Wirkungskreis dieser Wagen durch eine großzügige Organisation der Ladestellen über ganz Berlin zu erweitern. Dieser Frage wird das Verkehrsamt der Stadt Berlin sich sofort zuwenden. Um in Zukunft das Fahren in Elektromobilen, die derzeit zum größten Teil noch mit Vollgummi fahren, angenehmer und erschütterungsfreier zu gestalten, wurde gefordert, daß die Kraftdroschkenbesitzer ihre Wagen auf Luftreifenbetrieb umstellen müssen. Auch wird in Zukunft eine Steigerung der Fahrgeschwindigkeiten bei diesen Wagen anzustreben sein. Eingehend wurde auch erörtert, wie noch häufig vorkommende Fehler bei der Multiplikation der auf den Fahrpreisanzeigern angegebenen Werte mit dem jeweiligen Multiplikationsfaktor vermieden werden können. Da eine Umgestaltung der Fahrpreisanzeiger bei dem häufigen Wechsel der Taxen als zu zeitraubend und kostspielig erkannt wurde, werden in Zukunft in den Wagen Tabellen angebracht werden müssen, aus denen der Fahrer und der Fahrgast jederzeit leicht entnehmen können, wie hoch der zu zahlende Betrag ist.

Neue Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

Das Lohnkartell hatte am 14. Juli dem Magistrat neue Lohnforderungen überreicht, die sich auf gleichmäßige Lohnerhöhungen von 12 Mark die Stunde richten. Die Verhandlungen mit dem Lohnkartell werden demnächst beginnen. Der Magistrat wird endgültig Stellung nehmen, sobald die Maßnahmen über die Reichsarbeiterlöhne feststehen. Nachrichten über Erhöhungen der städtischen Lasten und Tarife auf Grund einer Stundenlohnerhöhung von 12 Mark sind nicht zutreffend.

Tariferhöhungen auf der Wilmersdorfer Untergrundbahn.

Die Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung eingehend mit der Frage der Verringerung der außerordentlich hohen Fehlbeträge bei der Wilmersdorf—Dahlemer Untergrundbahn. Nach einem von früher bestehenden ungünstigen Vertrage der Stadt mit der Hochbahngesellschaft muß die Stadt den gesamten Fehlbetrag dieser Strecke tragen. Für das laufende Geschäftsjahr wird der Unterschuß bei der Wilmersdorfer Untergrundbahn fast acht Millionen Mark betragen. Die Stadt ist nicht in der Lage, einen solchen Zuschuß auf die Dauer zu tragen. Da jedoch eine Einstellung dieser Bahn oder eine Verschlechterung des Verkehrs zwecks Hebung der Rentabilität mit Rücksicht auf die Bevölkerung nicht angängig erscheint, bleibt nichts anderes übrig, als den Fahrpreis auf dieser Strecke entsprechend zu erhöhen. Demgemäß hat die Städtische Verkehrsdeputation in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Fahrpreis vorläufig für die Strecke hinter dem Fehrbelliner Platz um eine Mark zu erhöhen. Diese Fahrpreiserhöhung wird voraussichtlich am 1. August in Kraft treten.

25jähriges Parteijubiläum. Die 3. Abteilung des 11. Distrikts spricht ihrem Genossen August Bertling, Lippehner Straße 32, welcher dieser Tage auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit zurückblicken konnte, ihre herzlichen Glückwünsche aus. Seine jahrzehntelange Funktionärtätigkeit ist stets vorbildlich für die jüngeren Genossen gewesen. Wir wünschen, daß unser Jubilar weitere 25 Jahre rege Arbeit für den Sozialismus und im Interesse der Arbeiterbewegung leisten kann.

Zum Arbeiter-Turn- und Sportfest, welches in Leipzig vom 21. bis 25. d. Mts. stattfinden wird, werden eine Reihe von Gesellschaftssonderzüge gefahren werden, für die die Fahrkartenausgabe durch den Vertrauensmann des Sportbundes in Leipzig erfolgt. Diese Sonderzüge stehen auch Jugendlichen zur Verfügung, die die Fahrpreisermäßigung für Jugendliche zugunsten der Jugendpflege in Anspruch nehmen und zum halben Fahrpreis in der 4. Klasse befördert werden.

Oeffentliches Konzert. Der Meineckesche Männerchor 1900, Mitglied des D. A. S. B., Gau Berlin, veranstaltet am Freitag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, auf dem Leopoldplatz (Wedding) ein öffentliches Konzert.

Ein städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters unter Leitung von Camillo Hildebrandt findet am Freitag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, in Berlin-Reinickendorf-Ost, Hubertussäle, statt. Karten zu 5 Mark sind an den bekannten Stellen und an der Abendkasse zu haben. (Tanzweisen von Strauß, Tschaikowsky u. a.)

Die Sturmschäden der gestrigen Nacht sind ganz erheblich. Im Gebiete von Groß-Berlin sind besonders zahlreiche Bäume umgebrochen worden. So legte der Sturm in der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee nahe dem Kleinen Stern einen großen Baum nieder, der beim Fallen die Oberleitungsdrähte der Straßenbahn beschädigte und den Fahrdamm sperrte. Die Feuerwehr mußte das Hindernis wegräumen. — Besonders hat der Sturm in den östlichen Stadtteilen gehaust. Hier hat er in der Weichsel-, Grünberger, Wühlisch-, Gärtner-, Simplon-, Boxhagener, Gryphius-, Mirbach-, Proskauer und Pettenkofer-Straße teils die Bäume entwurzelt, teils umgeknickt. Andere ähnliche Meldungen liegen vom Forckenbeckplatz und aus Stralau vor. In Marienfelde an der Ecke der Berliner Straße und Kaiser-Allee stürzte ein Baum quer über die Straße. Auch am Friedrich-Wilhelm-Platz und in der Gellenstraße in Lichterfelde hauste der Sturm ähnlich. Ein alter Kastanienbaum, der eine Zierde des Platzes vor der Kirche in Hermsdorf bildete, wurde durch den heftigen Wind ebenfalls umgeworfen. Er zerriß die Telegraphendrähte und zertrümmerte die Fenster des gegenüberliegenden Hauses. Auf dem Dache des Hauses Eberswalder Straße 34 riß der Sturm einen Schornstein um und warf ihn in den Hof. Zum Glück sind in allen Fällen keine Menschen zu Schaden gekommen.

Ein Stiefvater. Gestern abend hat die 33 Jahre alte Frau Maria Wolf die Wörther Wache der Schupopolizei um Schutz gegen ihren Stiefvater, den wohnungslosen 63 Jahre alten Wächter Matthäus Droeßler, der sich in ihrer Wohnung Wörther Straße 2 befinde und sie und ihren Mann mit einem Revolver bedroht habe. Als ein Beamter mit der Frau die Wohnung betrat, kam D. ihnen entgegen, zog einen Armeerevolver aus der Tasche, entsicherte ihn und legte auf den Beamten an. Dieser kam ihm jedoch zuvor und feuerte aus seiner Dienstpistole einen Schuß ab, der den Angreifer am linken Oberarm traf. Trotzdem legte D. nochmals auf den Beamten an, der jetzt zum zweiten Male schoß. Die Kugel drang dem D. in den Unterkiefer und blieb im Genick stecken. Er wurde nach dem Krankenhause Am Friedrichshain geschafft.

Gewerkschaftliches

Verfall des Deutschen Beamtenbundes

Es gibt jetzt kaum eine aktuell-lohnendere und interessanter Aufgabe, als das Werden und Vergehen des Deutschen Beamtenbundes geschichtlich festzuhalten. Nicht nur bloß Gewerkschaftler, sondern weite Kreise, die an dem öffentlichen Leben Anteil nehmen, würden einer solchen Studie erhebliches Interesse entgegenzubringen, und der politisch und gewerkschaftlich tätige Praktiker, ganz gleich auf welchem Boden er stände, könnte unmöglich die Konsequenzen, die zum Verfall des D. B. B. führten, ignorieren. Es gibt in der ganzen Gewerkschaftsgeschichte wohl kein zweites Beispiel, das dartut, wie durch eine total verfehlte Politik eine Riesenorganisation innerhalb knapper vier Jahre abwirtschaftete und von der geschichtlichen Bühne abtreten mußte.

Eine solche Tatsache erleben wir jetzt. Wiederholt wurde hier auf die Entwicklung der Beamtenverbände in Deutschland hingewiesen und die Stellung der Beamten im alten Obrigkeitsstaat gezeichnet, die sich als demütige Willensvollstrecker monarchischer Gewalten gebrauchen ließen und zudem noch stolz auf diese ihre privilegierte Stellung waren, auch dann, wenn ihre politische Rechtlosigkeit und hündische Unterwerfung unter einen fremden Willen untrennbar damit verbunden war.

Wurden im Jahre 1918 die Fundamente jener gottgewollten Ordnung gesprengt und der Weg freigemacht, der den Aufstieg auf der ganzen Linie gewährleistete, so wurde er von einigen Beamtenschichten nicht betreten. Die politisch-systematische Verkrüppelung durch die Hohenzollern und das träge Beharrungsvermögen taten ein übriges, um jene Schichten im politischen Halbschlaf zu erhalten. Sie ignorierten zum Teil die tiefen Ursachen des Zusammenbruches einer ganzen Weltordnung und den Beginn eines ganz neuen geschichtlichen Zeitabschnittes, dem sie verständnislos gegenüberstanden.

Weitblickende Männer hätten gewerkschaftspolitisch den historischen Moment und die ausgelösten und freigewordenen Kräfte benützt, um einen großen Ruck nach vorwärts zu tun. Aber es kam über einen schwachen Anlauf nicht hinaus. Die Folgen einer auf die Vergangenheit eingestellten und orientierten Politik sind bekannt. Es erfolgte der Abfall der größten Verbandsgruppe, der Reichsgewerkschaft mit ihren neun, jetzt sieben Fachgruppen, von denen einzelne bis zu 80 000 Mitglieder zählen, und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes in Leipzig.

Der Deutsche Beamtenbund, der, wie wir erst in Nr. 253 an dieser Stelle zeigten, neuerdings den Schwerpunkt auf das Wort „deutsch“, im nationalistischen Sinne, zu legen scheint, hat die rein gewerkschaftlichen Erfordernisse der Zeit nicht wahrgenommen, eine Auffassung, die auch das Verbandsorgan der Reichsgewerkschaft „Die Reichsgewerkschaft“ in Nr. 28 teilt. Da heißt es unter anderem:

„Es wird stets die Tragik des ersten Ringens der Beamtenschaft mit der Reichsregierung zur Erlangung besserer Lebensbedingungen bleiben, daß sie nicht entschlossene, zur Tatbereite Führer im D. B. B. fand.“

Weiter wird ausgeführt, „daß die Leitung des D. B. B. auf dem besten Wege ist, den parteipolitischen neutralen Boden zu verlassen.“ Hätte der D. B. B. nur reine Gewerkschaftsarbeit leisten wollen, dann hätte er dem Vertreter der Reichsgewerkschaft nicht die Möglichkeit genommen, mitbestimmend und mitberatend in der Bundesleitung mitzuarbeiten. Aber man verstand es geschickt, „ihn aus dem eigentlichen Arbeitsapparat auszuschalten.“

„Wie bei diesen Gegensätzen und den Grundanschauungen gewerkschaftlicher Zielsetzung die Möglichkeit noch geschaffen werden soll, Brücken der Verständigung zu schlagen, dürfte das ungelöste Rätsel derjenigen bleiben, die aus Angstmeierei es scheuen, die Konsequenzen aus diesem Zustande zu ziehen.“

Zum Schluß heißt es in dem bemerkenswerten Spitzenartikel, daß das Flügelsche Programm des D. B. B. den Boden des Gewerkschaftsgedankens verließ und zurückführt „in die Zeit der Harmonieverbände seligen Angedenkens“. Der D. B. B. will die Beamtenschaft nicht als Diener des Volksganzen angesehen wissen, sondern sie als „eine privilegierte Schicht mit sozialem Abstand von den übrigen Staatsbürgern erscheinen lassen“.

Und was hat zu all dem der D. B. B. zu sagen? Er erklärt in seinem Organ „Der Beamtenbund“ Nr. 25, daß die freien Gewerkschaften „marktschreierische Plakate mit himmelhohen Versprechungen“ prangen lassen. Der D. B. B. werde daher den „Kampf“ aufnehmen. Für was will nun der D. B. B. kämpfen? Er sieht den Zusammenschluß der Beamten und die Verwirklichung der Einigkeitsidee nur auf parteipolitisch „neutralem“ Boden und tritt für die „Erhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich rechtlicher Grundlage“ ein.

„Darüber hinaus aber erblicken wir in einem festgefügten, zwar nicht gegen die Umwelt, aber in sich abgeschlossenen, parteipolitisch nicht zerklüfteten homogenen Beamtenstand die festeste und sicherste Stütze unseres Staatswesens und sind der Ueberzeugung, daß nur ein solcher Beamtenstand geeignet und befähigt ist, allen Volksschichten mit gleicher Hingabe zu dienen.“

Das Organ erklärt weiter, daß Beamten- und Arbeiterpolitik zweierlei war und ist, daß die freien Gewerkschaften befangen sind und alles nur von ihrem „Arbeiterstandpunkt aus sehen“. Er beklagt zum Schluß den heillosen Bruch innerhalb der Beamtenschaft, wendet sich gegen den Vorwurf, daß der D. B. B. reaktionär ist und erklärt, daß die Beamtenbewegung den Kampf aufnehme, um sich den Boden zu erhalten, „auf dem allein die Zukunft der deutschen Beamtenschaft als Berufsstand gewährleistet ist.“

Bedarf es mehr Beweise, um darzutun, daß hier eine Berufsgruppe eine ganz hoffnungslose Politik betreibt, die sich selbst ihr Ende bereitet? Das tragische Moment zudem besteht darin, daß jene führenden Schichten des D. B. B., die nur zu deutlich wahrnehmbaren Fehler ihrer Politik nicht zu schauen vermögen und immer näher und hoffnungslos dem Abgrund der gewerkschaftspolitischen Gegenstandslosigkeit zusteuern.

Der D. B. B. nimmt aber den Kampf auf! Was für einen Kampf, um welcher Ziele willen, haben wir vorhin gesehen. Das sind Kampfesziele von — gestern. Seine Orientierung nach — rechts wird zunehmen. Denn die im D. B. B. verbliebenen Gruppen gehören jetzt nach dem Abfall der Reichsgewerkschaft fast ausschließlich jenen höheren Besoldungsschichten an, an deren politischer Sabotage ganz Deutschland leidet, und die ihrem Bund den deutlich wahrnehmbaren Stempel aufdrücken werden. Es wird daher nicht lange dauern, daß der D. B. B. nur noch ein Anhängsel der stramm nationalen Parteien sein wird. Dann aber dürfte sein letztes Stündlein geschlagen haben. Hier gibt es daher nur eins: was fallen muß, muß und wird fallen, weil es wider die Natur ist. Der D. B. B. mag sich verzweifelt dagegen wehren, ohne sein Schicksal aufhalten zu können. Die aber im D. B. B. noch verbliebenen Beamtenschichten, die diesen Sturz in den Abgrund nicht mitzumachen gewillt sind, werden daher über kurz oder lang die Konsequenzen ziehen müssen, die hoffentlich so ausfallen, daß sie den Beamten zum Vorteil gereichen und es ermöglichen, den Ring aller Arbeitenden schließen zu können.

Die Fernsprechnummern der Redaktion sind jetzt Amt Dönhoff Nr. 4190—4192

Gewerkschaftliche Einheitsfront

Der Austritt der Reichsgewerkschaft aus dem Deutschen Beamtenbund und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hatte zur Folge, daß zwischen dem Deutschen Eisenbahnerverband und der Reichsgewerkschaft eine Vereinbarung zustande kam, wonach die Tätigkeitsgebiete abgegrenzt wurden und ein engeres Zusammenarbeiten ermöglichte. Als letztes Ziel gilt „die Schaffung eines einheitlichen gewerkschaftlichen Machtfaktors für das gesamte Reichsbahnpersonals zur Erringung vorbildlicher Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse.“

Die freigewerkschaftlich orientierte Gewerkschaftsbewegung ist nun durch die Reichsgewerkschaft verstärkt worden, ein Umstand, der letzten Endes nur den Mitgliedern der Reichsgewerkschaft zugute kommen wird.

Vorstoß der Reichsbehörden gegen die Rechte der Betriebsräte

Uns wird geschrieben: In mehreren Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium wurde von den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer eine neu herauszugebende Betriebsräteverordnung für die Reichswasserstraßenverwaltung beraten. Im Gegensatz zur preußischen Betriebsräteverordnung, die bis jetzt auch für das Reich die Verhältnisse regelte, schlug das Reichsverkehrsministerium vor, im § 74 der Verordnung die Bestimmungen des § 66 Ziff. 1 und 2 und den § 71 BRG. nicht aufzunehmen, weil es nicht anerkennen wolle, daß die Reichswasserstraßenverwaltung ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken sei. Im übrigen sei für die Reichspost, die Reichsbank und den Reichsbranntweinmonopolbetrieb die Frage, ob diese Verwaltungen Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken seien, beim vorl. Reichswirtschaftsrat zur Entscheidung anhängig gemacht. Bis zur Erledigung dieser Streitfälle wolle es durch Erlaß die Verwaltungen anweisen, den Betriebsräten in der Reichswasserstraßenverwaltung alle ihnen aus § 66 Ziff. 1 und 2 und 71 BRG. zustehenden Rechte zu gewähren. Für den Fall, daß die Entscheidung dort oder eine für die Reichswasserstraßenverwaltung anhängig gemachte Klage gegen die Arbeitnehmer ausfiele, solle der Erlaß zurückgezogen werden. Außer dieser Differenz bestanden noch solche bezüglich der Bildung von Gesamtbetriebsräten und der Stellung der Beamtenanwärter in der Betriebsräteverordnung.

Die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen bestritten dem Reichsverkehrsministerium das Recht, selbständig Teile des Betriebsrätegesetzes außer Kraft zu setzen und betonten, daß nach § 61 BRG. die Betriebsräteverordnung nur die Bildung von Einzelbetriebsräten und Gesamtbetriebsräten sowie die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander enthalten dürfe.

Da das Reichsverkehrsministerium die Forderung der Arbeitnehmer auf Einbeziehung der Bestimmungen der §§ 66 Abs. 1 und 2 sowie des § 74 nach Verständigung mit den übrigen Ressortministerien ablehnte, gaben die Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung ab:

„Nachdem die Vertreter des Reichsverkehrsministers in der Verhandlung über den Entwurf eine Betriebsräteverordnung die seitens der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer aufgestellte Forderung in den § 74 des Entwurfs die Absätze 1 und 2 des § 66 und § 71 des BRG. (§ 70 und § 71 der Reichseisenbahnverordnung) aufzunehmen, abgelehnt haben, bedauern die Vertreter der obengenannten Organisationen, an weiteren Beratungen über diesen Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht mehr mitwirken zu können.“

Die Beschneidung der Rechte der Arbeitnehmer ist ein Verstoß gegen den wirtschaftsdemokratischen Geist der republikanischen Verfassung. Die Arbeitnehmer sind entschlossen, diesen Angriff auf die Rechte der Betriebsvertretungen mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Verbandstag der Fabrikarbeiter

Den Bericht über den Gewerkschaftskongreß gab Wollermann-Danzig, der sich besonders heftig gegen die vom Leipziger Gewerkschaftskongreß beschlossene Form der Organisation wandte. Man habe durch die Annahme der Resolution Dißmann einfach den Versuch unternommen, sich auf Kosten des Fabrikarbeiterverbandes Mitglieder zu sichern. (!? Red.) Gegen eine solche gewerkschaftliche Taktik wendet sich der Berichterstatter ganz entschieden unter dem Beifall fast des gesamten Verbandstages. Im übrigen erklärt er sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden.

Daß der Referent die Anschauungen des Verbandstages bei seiner Berichterstattung getroffen hat, zeigte die Aussprache, die fast den ganzen dritten Verhandlungstag in Anspruch nahm. Auch die am weitesten links stehenden Delegierten, die zum Wort kamen, waren sich in der Abwehr der Industrieverbände nach Dißmannschem Muster einig.

Hierauf wurde der Bericht der Statutenberatungskommission erstattet.

Sie schlägt vor, die Beiträge in Zukunft in 14 Klassen einzuteilen, die bei 4 Mark beginnen und mit Mk. 30,— enden. In einer Zahlstelle sollen in der Regel nicht mehr als fünf Beitragsklassen eingeführt werden. Dementsprechend wird auch für die Erwerbslosenunterstützung eine Neueinteilung getroffen.

Die Debatte über den Bericht der Statutenberatungskommission füllte den ganzen vierten Verhandlungstag aus. Es wurde von den zahlreich zu Worte kommenden Diskussionsrednern vor allen Dingen bemängelt, daß die Lokalkassenbeiträge fortfallen, da mit den 35%, die den Filialen belassen werden sollen, die Ortsvereine nicht auskämen. Weiter wandten sich mit großer Entschiedenheit einige Redner gegen die nach ihrer Ansicht ungenügende Streikunterstützung. Eher solle man die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung abbauen und dafür die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung erhöhen.

Neue Löhne im Friseurgewerbe

Zwischen den Organisationen sind folgende Vereinbarungen abgeschlossen: a) Herrenfriseure 725 M., b) Damenfriseure 750 M., c) Friseurinnen mit dreijähriger Lehrzeit oder dreijähriger ununterbrochener Berufstätigkeit 725 M. (Die Angehörigen dieser Gruppen unter 21 Jahren erhalten 50 M. weniger.), d) Haararbeiter und Haararbeiterinnen 825 M., e) desgl. qualifizierte 875 M., f) Einrichter und Präparateure 925 M. Die Aushilfsstundenlöhne betragen für Herrenfriseure 16 M., für Damenfriseure 17,50 M. Aushilfslohn für Sonnabend und Sonntag von mittags 1 Uhr ab 200 M., für Sonnabend den ganzen Tag 140 M., für Sonnabend von 1 Uhr ab 120 M., für einen Sonn- oder Feiertag 80 M., für die ganze Woche 825 M. Nach zwölfmonatlicher Tätigkeit in demselben Betriebe sind jedem Arbeitnehmer(innen) 5 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

Bei den Verhandlungen wurde besonders Klage darüber geführt, daß die aus dem Beruf Ausgeschiedenen nebenbei weiterarbeiten und dadurch den im Beruf Tätigen außerordentlich schädigen, das trifft sowohl auf die Selbständigen wie auf die Gehilfenschaft zu. An alle Gewerkschaftsgenossen ergeht daher die Bitte, diese Schmutzkonkurrenz nicht zu unterstützen, sondern diese evtl. mit Hilfe des Betriebsrates ganz zu untersagen. Es ist um so notwendiger, weil eine große Zahl arbeitsloser Gehilfen vorhanden ist. Durch die enorm gestiegenen Preise aller Rohmaterialien ist eine Erhöhung der Bedienungpreise notwendig geworden.

Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel. Die am Sonnabend, den 15. Juli stattgefundene Verhandlung mit der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband hat das Ergebnis gezeitigt, daß auf die bestehenden Lohnsätze für den Juli eine weitere Erhöhung von 8 Proz. vereinbart ist. Der Nachtrag des Lohntarifvertrages für Juli hat Geltung ab 12. Juli bis zum 31. Juli 1922. Die neuen Tarifverträge sind ab Mittwoch, den 19. Juli in unserem Büro, Zimmer 31, zum Preise von 1 M. erhältlich.

Baudelegierte! Am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, findet in der Dresdner Straße 96 eine Baudelegierten-Versammlung für das Hoch- und Tiefbaugewerbe statt. Da in dieser Versammlung die Fragebogen ausgegeben werden, müssen alle Baustellen mit dem erforderlichen Material vertreten sein. Der Bezirksvereins-Vorstand.

U. S. P. D.-Buchdrucker und Buchbinder. Am Sonnabend, den 22. Juli, abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung beider Aktionsausschüsse bei Baum, Stallschreiberstraße 47. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. Die Fraktionsvorstände.

Buchbinder! Die Auszahlung der Streikunterstützung für die Kollegenschaft der reinen Buchbindereien, Geschäftsbuchfabriken und der Briefumschlagbranche findet am Mittwoch, den 19. Juli, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, wie folgt statt: Streikkarten-Nummer 1—400 von 8—9½ Uhr, 401 bis 800 von 9½—11 Uhr, 801—1200 von 11—12½ Uhr, 1201 bis 1600 von 12½—2 Uhr und 1601—2000 von 2—3½ Uhr. Die Ortsverwaltung.

•

Die für die streikende Kollegenschaft der reinen Buchbindereien und der Briefumschlagbetriebe für Mittwoch angesetzte Versammlung muß umständehalber auf Donnerstag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, nach den Kammersälen, Teltower Straße, vertagt werden. Die Streikleitung.

Buchbinder! Für die Vertrauensleute und Betriebsräte der reinen Buchbindereien und Briefumschlagfabriken, die sich im Streik befinden, findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, bei Granman, Naunynstr. 21, eine wichtige Versammlung statt. Erscheinen ist Pflicht. Die Streikleitung.

Graphisches Gewerbe. Die „Opposition“ Nr. 7 ist erschienen und konnte infolge des Buchdruckerstreiks erst verspätet zur Ausgabe gelangen. Wir bitten deshalb um beschleunigte Abholung bei Baum, Stallschreiberstraße 47.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 20. Juli.

16. Distrikt, 7. Abteilung. 5½ Uhr findet die Einäscherung unseres verstorbenen Genossen Wilhelm Sponholz in Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Vereinskalender

Mittwoch, den 19. Juli.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Nachmittags 5½ Uhr im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße 2/5, Ecke Wallstraße. Branchenversammlung der Hersteller photographischer Karten. Tagesordnung: Berichterstattung über die letzte Lohnverhandlung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird im Interesse eines jeden Einzelnen bestimmtes Erscheinen erwartet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe Pastermaterialien. Nachmittags 5 Uhr im Lokal von Witte, Poststraße 29, Gruppenversammlung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Baudelegierte! Nachmittags 4 Uhr findet in der Dresdener Straße 96 eine Baudelegiertenversammlung für das Hoch- und Tiefbaugewerbe statt. Da in dieser Versammlung die Fragebogen ausgegeben werden, müssen alle Baustellen mit dem erforderlichen Material vertreten sein.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Generalversammlung bei Boders, Weberstr. 17. Tagesordnung: Kassen- und Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1922. Bericht über die Lohnverhandlungen am 7. Juli in Berlin. Mitgliedsbuch oder -karte legitimiert.

Mieter-Verband Buchholz. Oeffentliche Mieterversammlung 8 Uhr im Restaurant Waldow, Buchholz, Pasewalker Straße 67. Thema: Wohnungsnot und Mieterrat! Massenbesuch aller Mieterinnen und Mieter erwartet.

Donnerstag, den 20. Juli.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 1. Gruppe: Altpapier, Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der letzt stattgefundenen Lohnverhandlung. — **Branche 7. Gruppe „A“ Buchhandel.** Abends 7 Uhr, in der Schulaula, Stallschreiberstraße 54a Gruppenversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung. — **Glas- und Teppichreinigungsbranche.** Nachmittags 4 Uhr, Versammlung in Englischen Hof (großer Saal), Alexanderstraße 27b.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarier-Jugend, Baumschulenweg. Mittwoch, 19. Juli, abends 8½ Uhr. Besprechung organisatorischer Arbeiten beim Genossen Münsche, Wohlgemuthstraße 29. Vollzähliges Erscheinen des Jugendausschusses und des Vorstandes der Jugend ist dringend notwendig.

Arbeitersport

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz. Die Teilnehmer zum 1. Arbeiter-Bundes-Turn- und Sportfest in Leipzig treffen sich zur Hinfahrt, Freitag, den 21. Juli, mittags 12½ Uhr, Sportrestaurant „Hain“, Richardstraße. Abfahrt des Zuges 3.33 Uhr ab Anhalter Bahnhof.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romeiner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75